



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1964

Montag, den 30. März 1964

Nr. 13

| Inhalt: | Seite | Seite |
|---|-------|---|
| Der Hessische Ministerpräsident | | |
| Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Diplomlandwirte im höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung . . . | 425 | |
| Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 2.—12. 3. 64 | 430 | |
| Der Hessische Minister des Innern | | |
| Inkrafttreten des Hess. Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) vom 6. 2. 1962 | 430 | |
| Ersatz von Sachschäden nach § 94 HBG im Bereich der staatlichen Polizei | 430 | |
| Technische Baubestimmungen | 431 | |
| Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugendschöffen; hier: a) Aufstellung der Vorschlagslisten, b) Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse bei den Amtsgerichten, c) Bestimmung von Verwaltungsbeamten als Beisitzer für die unter b) genannten Ausschüsse | 438 | |
| Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Lüdermünd im Landkreis Fulda, und Hemmen im Landkreis Lauterbach | 438 | |
| Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Villingen, Landkreis Gießen | 438 | |
| Gestaltung und Ausgabe von bundeseinheitlichen Presseausweisen | 438 | |
| Verlust einer Dienstmarke „Landeskriminalpolizei“ | 441 | |
| Hinweis auf Technische Baubestimmungen; hier: DIN 4033 — Entwässerungskanäle und -leitungen aus vorgefertigten Rohren | 441 | |
| Hinweis auf Technische Baubestimmungen; hier: DIN 52 612 Bl. 1 und Bl. 2 | 441 | |
| Hinweis auf Technische Baubestimmungen; hier: DIN 19 704 und DIN 19 705 | 442 | |
| Der Hessische Minister der Finanzen | | |
| Abrechnung von Forderungen nach den §§ 42 und 71e Abs. 3 G 131 | 442 | |
| Verlegung des Staatsbauamtes Gießen-Stadt | 442 | |
| | | Fernsprechananschluß des Staatsbauamtes Bad Wildungen 442 |
| | | Der Hessische Kultusminister |
| | | Abgabe von Freistücken von Druckwerken an die Hessischen Landesbibliotheken 443 |
| | | Errichtung einer staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule 443 |
| | | Teilung der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld in Bad Hersfeld 443 |
| | | Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen |
| | | Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten 444 |
| | | Einziehung von Geflügelpest-(Newcastle-)Impfstoff 444 |
| | | Personalmeldungen |
| | | C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 444 |
| | | Regierungspräsidenten |
| | | DARMSTADT |
| | | Festsetzung des Ortslohnes 446 |
| | | KASSEL |
| | | Festsetzung der Ortslöhne 446 |
| | | WIESBADEN |
| | | Festsetzung des Ortslohnes 447 |
| | | Anordnung über den Gemeingebrauch an der Krombachtalsperre im Dillkreis 447 |
| | | Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 75, 73 und 66 sowie der Kreisstraße 74 in den Gemarkungen Helligborn und Roth, Dillkreis 447 |
| | | Einziehung einer ehemaligen Teilstrecke der Kreisstraße 52 in der Gemarkung Niederscheld, Dillkreis 447 |
| | | Öffentlicher Anzeiger 448 |

358

Der Hessische Ministerpräsident

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Diplomlandwirte im höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung

| Inhaltsübersicht | | |
|--|---|--|
| ABSCHNITT I | | |
| Zulassung | § 8 Beschäftigungs- und Ausbildungsnachweis | § 16 Häusliche Prüfungsarbeit |
| § 1 Zulassungsbedingungen | § 9 Beurteilungen während des Vorbereitungsdienstes | § 17 Aufsichtsarbeiten |
| § 2 Zulassungsverfahren | § 10 Urlaub, Krankheit | § 18 Mündliche Prüfung |
| ABSCHNITT II | | § 19 Prüfungsnoten |
| Vorbereitungsdienst | ABSCHNITT III | § 20 Prüfungsentscheidung |
| § 3 Zweck und Ziel des Vorbereitungsdienstes | Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung | § 21 Prüfungsniederschrift und Prüfungszeugnis |
| § 4 Ernennung, Unterhaltzuschuß | § 11 Zweck der Prüfung | § 22 Ausschluß von der Prüfung |
| § 5 Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes | § 12 Prüfungsausschuß | § 23 Erkrankung, Versäumnis |
| § 6 Durchführung der Ausbildung | § 13 Antrag auf Zulassung zur Prüfung | § 24 Wiederholung der Prüfung |
| § 7 Übungsarbeiten während des Vorbereitungsdienstes | § 14 Zulassung zur Prüfung | ABSCHNITT IV |
| | § 15 Einteilung der Prüfung und Prüfungsgebiete | Schlussvorschriften |
| | | § 25 Übergangsregelung |
| | | § 26 Inkrafttreten |

Auf Grund des § 17 Abs. 2 HBG wird im Einvernehmen mit der Landespersonalkommission folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Diplomlandwirte im höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung erlassen:

ABSCHNITT I

Zulassung

§ 1: Zulassungsbedingungen

Zum Vorbereitungsdienst für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung können Bewerber zugelassen werden, die

- a) die Voraussetzungen des Hessischen Beamtengesetzes für die Berufung in das Beamtenverhältnis erfüllen,
- b) das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben; für Angestellte die mindestens 3 Jahre im öffentlichen Dienst mit Aufgaben beschäftigt worden sind, die in der Regel von Beamten des höheren Dienstes wahrgenommen werden sowie für Schwerbeschädigte tritt an Stelle des 35. das 40. Lebensjahr,
- c) die Landwirtschaftliche Diplomprüfung bestanden haben.

§ 2: Zulassungsverfahren

(1) Der Antrag auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst ist bei dem Minister für Landwirtschaft und Forsten einzureichen. Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

- a) ein handgeschriebener Lebenslauf,
 - b) ein Lichtbild,
 - c) ein polizeiliches Führungszeugnis,
 - d) das Reifezeugnis oder ein sonstiges Zeugnis über die Berechtigung zum Hochschulstudium,
 - e) die Zeugnisse über die praktische Ausbildung in der Landwirtschaft sowie die landwirtschaftliche Gehilfen- bzw. Praktikantenprüfung,
 - f) das Zeugnis über die landwirtschaftliche Diplomprüfung,
 - g) Belege über eventuelle Berufstätigkeiten vor, während und nach dem Studium.
- Bewerber deren Einstellung in Aussicht genommen ist, haben auf Anforderung ferner vorzulegen:
- h) ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis,
 - i) die Geburtsurkunde.

Die Unterlagen zu d) bis g) und i) sind in beglaubigter Abschrift einzureichen.

(2) Der Minister für Landwirtschaft und Forsten ist Einstellungsbehörde und entscheidet über die Zulassung der Bewerber zum Vorbereitungsdienst.

ABSCHNITT II Vorbereitungsdienst

§ 3: Zweck und Ziel des Vorbereitungsdienstes

(1) Zweck des Vorbereitungsdienstes ist die Ausbildung von Nachwuchskräften für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung. Der Referendar ist in allen Zweigen der Verwaltung gründlich zu unterweisen und mit den Aufgaben eines höheren Verwaltungsbeamten vertraut zu machen. Über das rein Fachliche hinaus soll das Verständnis für rechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Fragen gefördert werden.

(2) Mit dem Bestehen der Staatsprüfung erwirbt der Referendar die Befähigung zur Wahrnehmung eines Amtes des höheren Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung.

§ 4: Ernennung, Unterhaltszuschuß

(1) Der zum Vorbereitungsdienst zugelassene Bewerber wird vom Minister für Landwirtschaft und Forsten zum Regierungswirtschaftsreferendar unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf ernannt.

(2) Für die Dauer des Vorbereitungsdienstes erhält der Referendar einen Unterhaltszuschuß nach den hierfür geltenden Bestimmungen.

§ 5: Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert 3 Jahre. Er gliedert sich in die in dem Ausbildungsplan bezeichneten Ausbildungsabschnitte (Anlage A, Abschnitt I). Wenn besondere Gründe es erfordern, kann von der im Ausbildungsplan vorgesehenen Reihenfolge der Ausbildungsabschnitte abgewichen werden.

(2) Der Minister für Landwirtschaft und Forsten kann den Vorbereitungsdienst verkürzen, wenn der Referendar nach dem Studium eine Tätigkeit mit nachweislich gutem Erfolg ausgeübt hat, die für die Ausbildung förderlich war und dem Ziel eines Ausbildungsabschnittes entspricht.

(3) Hat der Referendar das Ziel eines Ausbildungsabschnittes oder der gesamten Ausbildung nicht erreicht, so kann der Minister für Landwirtschaft und Forsten den Vorbereitungsdienst verlängern.

§ 6: Durchführung der Ausbildung

(1) Ausbildungsbehörde ist das Landeskulturamt. Die Ausbildungsbehörde bestellt einen Beamten zum Ausbildungsleiter; ihm obliegt die Überwachung des gesamten Vorbereitungsdienstes und die Zuweisung des Referendars an die im Ausbildungsplan vorgesehenen Ausbildungsstellen.

(2) Für die Gestaltung des Vorbereitungsdienstes sind die dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung beigefügten Richtlinien (Anlage A, Abschnitt II) zugrunde zu legen.

(3) Dem Referendar sollen nur solche Aufgaben übertragen werden, die eine möglichst vielseitige Ausbildung gewährleisten. Durch die Zuteilung von Arbeiten zur selbständigen Erledigung soll das Verantwortungsbewußtsein geweckt und gestärkt werden. Dem Referendar ist Gelegenheit zu geben,

sich durch Vorträge in der freien Rede zu üben.

§ 7: Übungsarbeiten während des Vorbereitungsdienstes

(1) Während des Vorbereitungsdienstes hat der Referendar halbjährlich eine Übungsarbeit zu fertigen, deren Thema der Ausbildungsleiter auf Vorschlag des Leiters der Ausbildungsstelle bestimmt.

(2) Die Arbeiten werden von dem Leiter der Ausbildungsstelle beurteilt, dem Ausbildungsleiter vorgelegt und zu der Ausbildungsakte genommen.

§ 8: Beschäftigungs- und Ausbildungsnachweis

(1) Für jeden Referendar sind neben der Personalakte als Beiakten eine Ausbildungsakte und eine Prüfungsakte zu führen.

(2) Der Referendar hat einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 1 zu führen, der monatlich dem Leiter der Ausbildungsstelle und halbjährlich der Ausbildungsbehörde vorzulegen ist.

(3) Die Ausbildungsbehörde hat über den Vorbereitungsdienst des Referendars einen Ausbildungsnachweis nach dem Muster der Anlage 2 zu führen.

§ 9: Beurteilung während des Vorbereitungsdienstes

(1) Am Schluß des Ausbildungsabschnittes hat jede Ausbildungsstelle über Befähigung, Leistung und Führung des Referendars eine Beurteilung nach dem Muster der Anlage 3 abzugeben und der Ausbildungsbehörde vorzulegen. Die Beurteilung muß erkennen lassen, ob der Referendar das Ziel des Ausbildungsabschnittes erreicht hat; besondere Fähigkeiten oder Mängel sind anzugeben. Hiervon ist der Referendar zu unterrichten.

(2) Vor Zulassung zur Staatsprüfung hat die Ausbildungsbehörde eine zusammenfassende Beurteilung über Eignung, Befähigung, fachliche Leistungen und Führung des Referendars abzugeben.

§ 10: Urlaub, Krankheit

(1) Für die Genehmigung von Urlaub ist die Ausbildungsbehörde zuständig. Der Urlaub soll auf die einzelnen Ausbildungsabschnitte angemessen verteilt werden.

(2) Beginn und Ende jeder Erkrankung sind der Ausbildungsstelle, Erkrankungen von mehr als 3 Tagen Dauer unter Vorlage eines ärztlichen Attestes anzuzeigen.

ABSCHNITT III Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung

§ 11: Zweck der Prüfung

In der Staatsprüfung soll der Referendar seine Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst in der Landeskulturverwaltung nachweisen.

§ 12: Prüfungsausschuß

(1) Die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst in der Landeskulturverwaltung ist vor einem Prüfungsausschuß abzulegen, den der Minister für Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes bestellt.

(2) Dem Prüfungsausschuß gehören an:

- a) ein vom Minister für Landwirtschaft und Forsten bestimmter Beamter als Vorsitzender,
- b) ein Beamter des höheren Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung, der die große juristische Staatsprüfung abgelegt hat,
- c) ein Beamter des höheren Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung, der die Prüfung als Diplolandwirt und, nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes die für den höheren Verwaltungsdienst der Landeskulturverwaltung vorgeschriebene Prüfung abgelegt hat
- d) ein Vertreter der Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften, der Beamter des höheren Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung sein muß.

(3) Der Direktor des Landespersonalamtes oder ein von ihm bestimmter Vertreter sowie der Ausbildungsleiter können an der Prüfung teilnehmen.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeitpunkt der Prüfung. Der Prüfungsausschuß ist be-

schlußfähig, wenn er mit dem Vorsitzenden und mindestens 2 Mitgliedern besetzt ist.

(5) Der Prüfungsausschuß führt das Dienstsiegel des Ministeriums.

§ 13: Antrag auf Zulassung zur Prüfung

(1) Der Referendar hat 3 Monate vor Beendigung des Vorbereitungsdienstes über den Leiter der Ausbildungsbehörde bei dem Minister für Landwirtschaft und Forsten seine Zulassung zur Staatsprüfung zu beantragen.

(2) Der Leiter der Ausbildungsbehörde leitet den Zulassungsantrag mit einer zusammenfassenden Beurteilung (§ 9 Abs. 2) sowie der Personalakte, dem Beschäftigungsnachweis, dem Ausbildungsnachweis, den während des Vorbereitungsdienstes gefertigten Arbeiten (§ 7) und den Zeugnissen der einzelnen Ausbildungsstellen weiter.

§ 14: Zulassung zur Prüfung

(1) Der Minister für Landwirtschaft und Forsten entscheidet über die Zulassung zur Prüfung. Der Zulassungsbescheid wird der Ausbildungsbehörde zusammen mit der Aufgabe für die häusliche Prüfungsarbeit zur Aushändigung an den Referendar zugeleitet.

(2) Eine Prüfungsgebühr wird vom Referendar nicht erhoben.

§ 15: Einteilung der Prüfung und Prüfungsgebiete

(1) Die Prüfung besteht aus:

- a) der häuslichen Prüfungsarbeit,
- b) den Aufsichtsarbeiten,
- c) der mündlichen Prüfung.

(2) Prüfungsgebiete sind:

- a) Staats- und Verfassungsrecht,
- b) Durchführung und Finanzierung der Flurbereinigung sowie der verschiedenen Arten von Siedlungsverfahren und Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur,
- c) Bürgerliches Recht, insbesondere Grundbuchrecht,
- d) Agrarrecht, insbesondere Grundstücksverkehrsrecht und Agrarpolitik,
- e) Landwirtschaftliche Betriebs- und Schätzungslehre,
- f) Lastenausgleichs- und Vertriebenenrecht, soweit es die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge in die Landwirtschaft betrifft,
- g) Bundesbaurecht und Raumplanung,
- h) die geschichtliche Entwicklung der Landeskulturgebung und der Landeskulturbehörden,
- i) Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen,
- j) Verwaltungsrecht einschließlich der Grundzüge der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Beamten-, Besoldungs-, Tarif- und Personalvertretungsrecht.

§ 16: Häusliche Prüfungsarbeit

(1) Der Referendar soll durch die häusliche Prüfungsarbeit beweisen, daß er eine größere Aufgabe selbständig bearbeiten kann. Die Aufgabe muß richtig erfaßt sowie klar und erschöpfend gelöst werden. Das Thema der Arbeit wird durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt.

(2) Der Referendar hat die häusliche Prüfungsarbeit innerhalb eines Monats nach Aushändigung der Aufgabe abzuliefern. Er hat zu versichern, daß er sie ohne fremde Hilfe angefertigt und sich anderer als der von ihm angegebenen Hilfsmittel nicht bedient hat.

(3) Der Referendar kann die ihm gestellte Aufgabe vor Ablauf der Frist einmal zurückgeben mit der Wirkung, daß ihm eine andere Aufgabe gestellt wird.

§ 17: Aufsichtsarbeiten

(1) Der Referendar hat 3 Arbeiten aus den Gebieten: Durchführung und Finanzierung der Flurbereinigung sowie der verschiedenen Arten von Siedlungsverfahren und Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, Bürgerliches Recht, insbesondere Grundbuchrecht, Agrarrecht, insbesondere Grundstücksverkehrsrecht und Agrarpolitik, Bundesbaurecht und Raumplanung

unter Aufsicht anzufertigen. Für jede dieser Arbeiten stehen dem Prüfling 5 Stunden zur Verfügung. Die Aufsichtsarbeiten sollen etwa 2 Wochen vor der mündlichen Prüfung in 3 aufeinanderfolgenden Tagen geschrieben werden.

(2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt auf Vorschlag der Mitglieder die Prüfungsaufgaben und entscheidet, welche Hilfsmittel für jede Aufgabe zugelassen sind. Er hat für die Geheimhaltung der Aufgaben Sorge zu tragen.

(3) Die Themen werden dem aufsichtsführenden Beamten für jeden Tag in versiegeltem Umschlag ausgehändigt, der zu Beginn der Prüfung in Gegenwart der Prüflinge zu öffnen ist.

(4) Der Referendar hat die Arbeiten spätestens bei Ablauf der Bearbeitungsfrist mit seiner Unterschrift versehen an den Aufsichtsführenden abzugeben. Eine nicht abgegebene Arbeit ist mit der Note „ungenügend“ zu bewerten.

§ 18: Mündliche Prüfung

(1) Die Dauer der mündlichen Prüfung soll bei Gruppenprüfungen 1½ Stunde je Prüfling, bei Einzelprüfungen 3 Stunden nicht überschreiten.

(2) Mit der Prüfung ist ein Vortrag zu verbinden, dessen Thema dem Referendar eine Woche vor dem Tag der mündlichen Prüfung bekanntzugeben ist. Die Dauer des Vortrages soll 15 Minuten nicht übersteigen. Der Referendar hat den Vortrag ohne fremde Hilfe vorzubereiten und dies zu versichern.

§ 19: Prüfungsnoten

Bei der Bewertung der Prüfungsleistungen gelten folgende Noten:

- | | |
|--------------|---|
| sehr gut | (1) = eine besonders hervorragende Leistung, |
| gut | (2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung, |
| befriedigend | (3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung, |
| ausreichend | (4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht, |
| mangelhaft | (5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln, |
| ungenügend | (6) = eine völlig unbrauchbare Leistung. |

§ 20: Prüfungsentscheidung

(1) Die schriftlichen Arbeiten sind von 2 Mitgliedern des Prüfungsausschusses unabhängig voneinander zu bewerten. Der Prüfungsausschuß beurteilt die schriftlichen Einzelleistungen endgültig.

(2) Sind die häusliche Prüfungsarbeit und eine Aufsichtsarbeit oder zwei Aufsichtsarbeiten mangelhaft, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(3) Der Prüfungsausschuß beurteilt die mündlichen Einzelleistungen und setzt das Gesamturteil fest. Dabei sollen die Beurteilungen über die Leistungen während der Ausbildung und der Gesamteindruck berücksichtigt werden.

(4) Der Prüfungsausschuß trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(5) Für das Gesamturteil gelten folgende Noten:

- sehr gut bestanden,
- gut bestanden,
- befriedigend bestanden,
- bestanden,
- nicht bestanden.

(6) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn der Referendar

- a) die häusliche Prüfungsarbeit nicht fristgemäß einreicht,
- b) ohne triftigen Grund zu den Aufsichtsarbeiten oder zur mündlichen Prüfung nicht erscheint oder einen dieser Prüfungsteile unterbricht,
- c) nach § 22 Abs. 1 von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen worden ist,
- d) an der Prüfung oder einem Prüfungsabschnitt schuldhaft nicht teilgenommen hat oder ohne Genehmigung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurückgetreten ist.

§ 21: Prüfungsniederschrift und Prüfungszeugnis

(1) Der Vorsitzende gibt den Prüfungsteilnehmern nach Abschluß der Beratung das Gesamtergebnis der Prüfung sowie die Bewertung der einzelnen Leistungen der schriftlichen und mündlichen Prüfung bekannt.

(2) Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die die Einzelbewertungen und das Gesamturteil

enthält. Die Niederschrift ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterschreiben.

(3) Über die bestandene Staatsprüfung wird von dem Prüfungsausschuß ein Prüfungszeugnis nach dem Muster der Anlage 4 erteilt. Mit dem Zugang des Prüfungszeugnisses ist der Referendar zur Führung der Bezeichnung „Assessor“ berechtigt.

§ 22: Ausschuß von der Prüfung

(1) Ein Referendar, der versucht, das Ergebnis der Prüfung, insbesondere der Aufsichtsarbeiten durch Täuschung oder ordnungswidriges Verhalten zu beeinflussen, kann durch Beschluß des Prüfungsausschusses von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden.

(2) Wird nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bekannt, daß die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, so kann der Minister für Landwirtschaft und Forsten die ergangene Prüfungsentscheidung aufheben und das Prüfungszeugnis einziehen.

§ 23: Erkrankung, Versäumnis

Ist der Referendar durch Krankheit oder sonstige von ihm nicht zu vertretende Gründe an der Ablegung der Prüfung oder einzelner Prüfungsabschnitte verhindert, so hat er dies unverzüglich nachzuweisen. In diesem Falle gilt die Prüfung oder der Prüfungsabschnitt als nicht abgelegt und ist nachzuholen.

§ 24: Wiederholung der Prüfung

(1) Wer die Staatsprüfung nicht bestanden hat, kann sie einmal wiederholen, und zwar frühestens nach 6 Monaten und spätestens nach 12 Monaten. Die Dauer des abzu leistenden Vorbereitungsdienstes und die zu wiederholenden Ausbildungsabschnitte bestimmt der Minister für Landwirtschaft und Forsten auf Vorschlag des Prüfungsausschusses.

(2) Die Prüfung ist in der Regel vollständig zu wiederholen. Auf Antrag können einzelne Prüfungsleistungen erlassen werden, wenn der Prüfungsausschuß dies befürwortet hat.

ABSCHNITT IV

Schlußvorschriften

§ 25: Übergangsregelung

Für die bei Inkrafttreten dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung im Vorbereitungsdienst befindlichen Referendare gelten die neuen Bestimmungen.

§ 26: Inkrafttreten

(1) Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung tritt am Ersten des auf die Veröffentlichung im Staatsanzeiger folgenden Monats in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten die Vorschriften über die Annahme und Ausbildung von Kulturamtsvorstehern vom 18. 2. 1920 (PrLdwMinBl. S. 82) und vom 19. 9. 1927 (PrLdwMinBl. S. 721) außer Kraft.

Wiesbaden, den 9. März 1964

**Der Hessische Minister
für
Landwirtschaft und Forsten**
gez. Hacker

**Der Direktor des
Landespersonalsamtes Hessen**
gez. Prof. Dr. Brundert

StAnz. 13/1964 S. 425

Anlage A

I. Ausbildungsplan (zu § 5 Abs. 1)

| | | |
|--------------------------------------|-------|--------|
| 1. Kulturamt | 10 | Monate |
| 2. Amtsgericht — Grundbuchamt | 2 | Monate |
| 3. Siedlungsgesellschaft | 3 | Monate |
| 4. Land- und Forstwirtschaftskammer | 2 1/2 | Monate |
| 5. Kreditinstitute: | | |
| Deutsche Siedlungsbank in Bonn | 1 | Monat |
| Deutsche Landesrentenbank in Bonn | 1 | Monat |
| Hess. Landesbank in Frankfurt (Main) | 1 | Monat |

| | | |
|--------------------|-------|--------|
| 6. Kulturamt | 9 1/2 | Monate |
| 7. Landeskulturamt | 6 | Monate |
| | 36 | Monate |

II. Richtlinien für die Gestaltung des Vorbereitungsdienstes in den einzelnen Ausbildungsabschnitten (zu § 6 Abs. 2)

1. Kulturamt

Der Referendar ist in diesem Ausbildungsabschnitt in alle bei einem Kulturamt vorkommenden Aufgaben in systematischer Reihenfolge einzuführen. Das Wesen der Ausbildung soll in der Vermittlung von Hinweisen und Anregungen liegen und nicht in einer schulmäßigen Unterrichtung. Unter Anleitung des geschäftsleitenden Bürobeamten hat der Referendar im ersten Monat der Ausbildungszeit die Art und Weise der Erledigung des behördlichen Schriftverkehrs und die Behördenorganisation sowie die Bearbeitung von Haushalts- und Kassenangelegenheiten praktisch kennenzulernen und die entsprechenden Bestimmungen durchzuarbeiten.

Unter Anleitung eines bewährten Sachbearbeiters hat der Referendar die praktische Bearbeitung von Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren sowie von sonstigen Verfahren zur Verbesserung der Agrarstruktur kennenzulernen; er ist so auszubilden, daß er mit der Tätigkeit eines Sachbearbeiters voll vertraut wird. Für die Unterweisung in Flurbereinigungs- und Siedlungsangelegenheiten sind 7 Monate zu verwenden.

Während des ersten Ausbildungsabschnittes ist dem Referendar ein Überblick über die beim Kulturamt anfallenden vermessungs- und kulturbautechnischen Arbeiten sowie über das Kartenmaterial zu vermitteln; er ist auch in die Zusammenarbeit zwischen Katasteramt und Kulturamt einzuweisen. Hierfür ist ein Zeitraum von einem Monat vorzusehen.

Dem Referendar ist ferner ein Überblick über die geltenden beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen (Hessisches Beamtengesetz, Hessisches Besoldungsgesetz, Bundesangestelltentarifvertrag, Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Länder) sowie das Hessische Personalvertretungsgesetz, die Geschäftsanweisung für die Kulturämter und das Reisekostenrecht zu vermitteln; hierfür ist ein Monat zu verwenden.

Der Kulturamtsvorsteher ist für die ordnungsgemäße Ausbildung des Referendars verantwortlich. Er hat darauf zu achten, daß ihm nur solche Aufgaben übertragen werden, die seiner Ausbildung förderlich sind. Theoretische und praktische Ausbildung sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Der Referendar ist zu Verhandlungen und Besichtigungen, die seiner Ausbildung förderlich sind, zuzuziehen, wobei ihm die Anfertigung der Verhandlungsniederschrift zu übertragen ist. Gegen Ende des ersten Ausbildungsabschnittes ist dem Referendar die Leitung von Verhandlungen bei Anwesenheit des Kulturamtsvorstehers zu übertragen.

Dem Referendar sind vom ersten Ausbildungsabschnitt an von allen Erlassen von grundsätzlicher Bedeutung Abdrucke zur Verfügung zu stellen.

2. Amtsgericht — Grundbuchamt

Der Referendar erhält während dieses Ausbildungsabschnittes Gelegenheit, die Einrichtung und Fortführung des Grundbuches kennenzulernen. Er hat sich mit den Bestimmungen des Grundstücksrechts, insbesondere der Grundbuchordnung, dem III. Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der Erbbaurechtsverordnung eingehend zu befassen und ist an Eintragungen, Rangänderungen und sonstigen Grundbuchberichtigungsarbeiten zu beteiligen.

3. Siedlungsgesellschaft

Für die Ableistung dieses Ausbildungsabschnittes kommen die Nassauische Siedlungsgesellschaft mbH in Frankfurt (Main) und die Siedlungsgesellschaft mbH Hessische Heimat in Kassel in Betracht. Dem Referendar soll hier ein umfassender Überblick über die Aufgaben und die praktische Siedlungstätigkeit sowie die Siedlungsfinanzierung vermittelt werden. Er ist mit allen praktischen Arbeiten, insbesondere mit solchen, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Siedlungsbehörden und Siedlungsgesellschaft erfor-

dem, zu beschäftigen. Der Referendar soll auch die Grundzüge über das landwirtschaftliche Bauwesen, insbesondere in betriebswirtschaftlicher Hinsicht kennenlernen.

4. Land- und Forstwirtschaftskammern

Für die Ableistung dieses Ausbildungsabschnittes kommen die Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau in Frankfurt (Main) und Kurhessen in Kassel in Betracht. Der Referendar ist während dieses Ausbildungsabschnittes in folgenden Gebieten zu unterweisen:

- a) 1 Monat in der Rechtsabteilung, insbesondere im Grundstücksverkehr;
- b) 1 1/2 Monate in der Abteilung Betriebs-, Markt- und Volkswirtschaft in der Wirtschafts-, insbesondere der Umstellungsberatung und der Vorplanung der Flurbereinigung.

Zu a): Der Referendar soll während dieses Ausbildungsabschnittes seine Kenntnisse im Grundstücksverkehrsrecht praktisch und theoretisch vervollständigen; er soll Gelegenheit erhalten, an Bauerngerichtssitzungen teilzunehmen und 2 Wochen bei einem Landwirtschaftsamt tätig sein.

Zu b): Der Referendar ist in der Wirtschaftsberatung, insbesondere der Umstellungsberatung und der Vorplanung in der Flurbereinigung zu unterweisen. Während dieses Ausbildungsabschnittes soll der Referendar auch die Vorplanung und die Umstellungsberatung bei einer Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle kennenlernen. Der Leiter der Abteilung hat eine hierfür besonders geeignete Wirtschaftsberatungsstelle zu bestimmen. Die Dauer der Unterweisung bei einer Wirtschaftsberatungsstelle soll mindestens 3 Wochen betragen.

5. Kreditinstitute

Der Referendar hat während seiner Ausbildung bei den im Ausbildungsplan genannten Kreditinstituten die Vieltätigkeit der Siedlungsfinanzierung vom Standpunkt der Banken aus kennenzulernen.

Bei der Deutschen Siedlungsbank hat sich der Landwirtschaftsreferendar insbesondere mit den Problemen der Zwischenkreditgewährung und der Unterverteilung der Kredite zu befassen. Bei der Deutschen Landesrentenbank soll der Referendar die laufende Kreditverwaltung, das Einzugs- und Vollstreckungsverfahren, Pfandfreigaben, Rangänderungen und sonstige Grundbuch- und Rechtsfragen sowie die Sanierung notleidender Betriebe bzw. Abwicklung gekündigter Kredite kennenlernen. Bei der Hessischen Landesbank ist der Landwirtschaftsreferendar an allen mit der Siedlungsfinanzierung zusammenhängenden Arbeiten zu beteiligen und insbesondere mit Angelegenheiten des Pachtkreditgesetzes, des Früchtepandrechts nach dem Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutversorgung und der Investierung (zinsverbilligter) Kapitalmarktmittel in der landwirtschaftlichen Siedlung und Agrarstrukturverbesserung zu befassen.

6. Kulturamt

Während dieses Ausbildungsabschnittes hat sich der Referendar durch nachhaltiges Selbststudium mit den in § 15 Abs. 2 näher bezeichneten Prüfungsgebieten zu befassen und ist darüber hinaus vornehmlich an den Dienstgeschäften eines höheren Verwaltungsbeamten und des Kulturamtsvorstehers zu beteiligen, wobei das Vertrautsein mit der Bearbeitung der Verfahren auf Sachbearbeiterebene vorausgesetzt wird. Bestehende Ausbildungslücken sind zu beseitigen. Dem Referendar sollen einige Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren der verschiedenen Arten zur selbständigen Bearbeitung unter Aufsicht und, soweit erforderlich, unter Anleitung des Kulturamtsvorstehers übertragen werden. An Verhandlungen und Terminen, die seiner Ausbildung besonders förderlich sind (Aufklärungsversammlungen, Grundsatztermine gemäß §§ 38 und 41 Flurbereinigungsgesetz, Schätzungseinleitungstermine, Planbeschwerdeverhandlungen, Grundsatztermine in den Verfahren zur Verbesserung der Agrarstruktur) hat er teilzunehmen.

Außerdem sind dem Referendar während dieses Abschnittes durch den Kulturamtsvorsteher Sonderaufträge aus verschiedenen Bereichen zu erteilen, die seine Befähigung erkennen lassen.

7. Landeskulturamt

Der Referendar ist mit den Aufgaben der Oberen Flurbereinigungs- und der Oberen Siedlungsbehörde vertraut

zu machen. Er ist nach näherer Weisung des Ausbildungsleiters in den Dezernaten Flurbereinigung und Siedlung sowie in der Spruchstelle für Flurbereinigung zu beschäftigen. Auftretende Mängel in den Kenntnissen sind auszugleichen.

Die Kenntnisse im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie im Beamten-, Besoldungs- und Tarifrecht sind zu vertiefen; der Referendar ist dem Dezernat für Personal- und Haushaltsangelegenheiten 1 1/2 Monate zuzuteilen.

Anlage 1 (zu § 8 Abs. 2)

Beschäftigungsnachweis

des Reg.-Landwirtschaftsreferendars

| Ausbildungsdienststelle | von bis | Darstellung der Beschäftigung |
|-------------------------|---------|-------------------------------|
| | | |

*) Der Beschäftigungsnachweis ist monatlich dem Leiter der Ausbildungsdienststelle und halbjährlich dem Ausbildungsleiter vorzulegen.

Anlage 2 (zu § 8 Abs. 3)

Ausbildungsnachweis

des Regierungslandwirtschaftsreferendars

Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Dauer des Vorbereitungsdienstes:

Ausbildungs- Ausbildungs- Ausbildungszeit Bemerkungen
abschnitte stellen von bis Monate

- I. Kulturamt
- II. Amtsgericht
- III. Siedlungsgesellschaft
- IV. Land- und Forstwirtschaftskammer
- V. Kreditinstitute
- VI. Kulturamt
- VII. Landeskulturamt

Anlage 3 (zu § 9 Abs. 1)

Ausbildungsdienststelle, den

Beurteilung

des Regierungslandwirtschaftsreferendars

für die Zeit seiner Ausbildung bei

vom bis

Dienstversäumnis (Krankheit, Urlaub, sonstige Gründe)

vom bis Grund:

der Regierungslandwirtschaftsreferendar wurde in folgenden Arbeitsbereichen ausgebildet:

| 1. Leistungsbild | sehr gut | gut | befriedigend | ausreichend | mangelhaft |
|-----------------------------------|----------|-----|--------------|-------------|------------|
| a) Auffassungsgabe | | | | | |
| b) Urteilsfähigkeit | | | | | |
| c) Ausdrucksfähigkeit mündlich | | | | | |
| d) Ausdrucksfähigkeit schriftlich | | | | | |
| e) Organisationsfähigkeit | | | | | |
| f) Initiative | | | | | |
| g) Arbeitsorgfalt | | | | | |
| h) Arbeitstempo | | | | | |
| i) Umfang der Fachkenntnisse | | | | | |
| k) Berufliches Interesse | | | | | |
| l) Allgem. Bildungstreiben | | | | | |

2. Persönlichkeitsbild

- Pflichtbewußtsein
- Führung, dienstlich
- Führung, außerdienstlich
- Gesundheitszustand

3. Ist das Ziel des Ausbildungsabschnitts erreicht?

Falls nein, Angabe der Gründe und Mängel.

Es bestehen noch folgende Lücken in der Ausbildung:

4. Zusammenfassendes Urteil

(ggf. besondere Befähigung oder Mängel, bemerkenswerte Wesenseigenschaften)

.....
(Unterschrift)

Anlage 4 (zu § 21 Abs. 3)

Wiesbaden, den
Der Prüfungsausschuß
für den höheren Verwaltungsdienst
der Landeskulturverwaltung
PRÜFUNGSZEUGNIS

Der Regierungslandwirtschaftsreferendar
geb. am in
hat am

die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungs-
dienst der Landeskulturverwaltung
mit dem Gesamtergebnis

.....
bestanden und in den einzelnen Prüfungsgebieten folgende
Noten erhalten:

Häusliche Prüfungsarbeit:

1. Aufsichtsarbeit:

2. Aufsichtsarbeit:

3. Aufsichtsarbeit:

Mündliche Prüfung:

a) Vortrag:

b) Fachliche Kenntnisse in den
einzelnen Prüfungsgebieten:

Der Vorsitzende des
Prüfungsausschusses

Die Mitglieder des
Prüfungsausschusses

359

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landes- amtes in der Zeit vom 28. 2. 64—12. 3. 64

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim
Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rhein-
straße 35/37.

Statistische Berichte

CO/Gartenbauerhebung 1961 — 6

Die Arbeitskräfte in den Gartenbaubetrieben 1,—

* E II 1 — vj 4/63

Das Handwerk in Hessen im 4. Vierteljahr 1963 —,50

* F I 1 — m 1/64

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Januar 1964 —,50

* G I 1 — m 1/64

Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen
im Januar 1964 (Umsatzmeßzahlen) —,50

* G III 1 — m 12/63

Die Ausfuhr Hessens im Dezember 1963 1,—

* H I 1 — m 12/63

Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen
im Dezember 1963 und im Jahre 1963 —,50

H I 4 — m 12/63

Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunter-
nehmen in Hessn im Dezember 1963 und im Jahre
1963 —,50

* H II 1 — m 1/64

Die Binnenschifffahrt in Hessen im Januar 1964 1,—

* M I 2— m 1/64

Verbraucherpreise in Hessen im Januar 1964 1,—

M I 4— vj 4/63

Meßziffern für Bauleistungspreise in Hessen und
Preisindizes für Bauwerke im Bundesgebiet im
November 1963 und im Jahre 1963 —,50

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Hessisches Statistisches Landesamt

Z 2 c 1 Az.: 77a 241/64

StAnz. 13/1964 S. 430

360

Der Hessische Minister des Innern

Inkrafttreten des Hess. Gesetzes zur Ausführung der Ver- waltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) vom 6. Februar 1962 (GVBl. S. 13)

In Abschnitt II Nr. 3 g) meines Erlasses vom 5. April 1962
(StAnz. S. 502) — berichtigt durch Erlass vom 22. Mai 1962
(StAnz. S. 738) — erhält der letzte Absatz folgende Fassung:

Nach einer neuerdings weit verbreiteten Meinung (vgl.
Schunk-De Clerck, Anm. 5 zu § 73 VwGO) sollen in den
nicht spezialgesetzlich geregelten Fällen die für das Ge-
richtsverfahren geltenden §§ 154 ff. VwGO als materielle
Vorschriften über die Kostentragung im Widerspruchs-
verfahren analog angewandt werden. Auf Grund des
rechtskräftigen Urteils des Hessischen Verwaltungsge-
richtshofs vom 30. 8. 1963 (OS IV 2/62) ist dagegen
§ 162 Abs. 2 VwGO nicht analog anwendbar. Soweit die
Kostentragung nicht spezialgesetzlich geregelt ist (s.
Satz 1), habe ich danach keine Bedenken, wenn eigene
Aufwendungen des Widerspruchsführers ebenso wie Aus-
lagen der Verwaltung, nicht aber Anwaltskosten, künftig
für erstattungsfähig erklärt werden.

Wiesbaden, 17. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern

II d 1 — 3 n 02 — 11/64 — 11

StAnz. 13/1964 S. 430

361

Ersatz von Sachschäden nach § 94 HBG im Bereich der staat- lichen Polizei

Mit meinem Runderlaß vom 9. Oktober 1963 — Ie 3 — 8 a —
(den Regierungspräsidenten und dem Wirtschaftsverwaltungs-
amt der Hessischen Polizei zugegangen) habe ich bestimmt:

„Über Anträge nach § 94 HBG entscheidet die Behörde,
bei der der Beamte beschäftigt ist.

Der Runderlaß des Hessischen Ministers der Finanzen
vom 26. Oktober 1962 (StAnz. S. 1523), nach dem zu prü-
fen ist, ob der Beamte einen gesetzlichen Schadensersatz-
anspruch gegen einen Dritten hat, ist weiterhin anzu-
wenden.

Ersatzleistungen nach § 94 HBG sind aus Kap. 17 02 —
109 zu zahlen. Haushalts- und Betriebsmittel sind jeweils
bei mir anzufordern.

Mein Erlass vom 28. Juli 1956 — Ib (4) — betreffend
„Übertragung von Befugnissen nach § 107 HBG“ ist ge-
genstandslos geworden. Ich hebe ihn hiermit auf.“

Hiernach entscheidet über Anträge von Beamten

a) der Einsatzleitungen, Polizeiverkehrsbereitschaften, Kri-
minalinspektionen und Kriminalkommissariate
der zuständige Regierungspräsident,

b) der Polizeikommissariate, Landespolizei-Stationen und
Außenstellen sowie der Polizeistationen
der zuständige Landrat.

Über Anträge von Beamten aller übrigen Dienststellen
und Einrichtungen der staatlichen Polizei entscheidet das
Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei, dem die
Anträge mit einer Stellungnahme auf dem Dienstwege zu
übersenden sind.

Außerdem weise ich darauf hin, daß nach dem Runderlaß
des Hessischen Ministers der Finanzen vom 8. November 1963
— P 2003 A — 4 — I 42 — (StAnz. S. 1311) die für Beamte
nach dem HBG maßgebenden Vorschriften über den Ersatz
von Sachschäden mit Wirkung vom 1. Oktober 1963 auf An-
gestellte, die unter den Geltungsbereich des BAT und auf
Arbeiter, die unter den Geltungsbereich des MTL fallen, sinn-
gemäß anzuwenden sind.

Wiesbaden, 3. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern

IIIa 2 — 12 b 02

StAnz. 13/1964 S. 430

362

Technische Baubestimmungen

Bezug: 1) § 29 der Hessischen Bauordnung
2) Erlaß vom 15. 12. 1961 (StAnz. S. 109)

An die
Herrn Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Nachstehend wird ein neues Verzeichnis (abgeschlossen am 31. Januar 1964) der von mir für die Bauaufsicht eingeführten Technischen Baubestimmungen bekanntgegeben. Das mit Erlaß vom 15. 12. 1961 bekanntgegebene Verzeichnis ist hiermit überholt.

Nach § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung sind die in dem Verzeichnis aufgeführten Technischen Baubestimmungen des deutschen Normenausschusses allgemein anerkannte Regeln der Baukunst und der Technik. Die nicht vom Deutschen Normenausschuß erarbeiteten Technischen Baubestimmungen sind auf Grund der tatsächlichen allgemeinen Anerkennung ebenfalls als allgemein anerkannte Regeln der Technik aufzufassen.

Wiesbaden, 27. 2. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 a 28 — 1/64
StAnz. 13/1964 S. 431

Verzeichnis
der für die Bauaufsicht im Lande Hessen
eingeführten Technischen Baubestimmungen
(Stand: 31. Januar 1964)

RABL. = Reichsarbeitsblatt
ZdB = Zentralblatt der Bauverwaltung
StAnz. = Staats-Anzeiger für das Land Hessen

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|------------------------|------------|--------------|--|---|--------------|-------------|-------------|
| | | | | Datum | RABL. | ZdB | StAnz. |
| I. Lastannahmen | | | | | | | |
| 1 | 1055 Bl. 1 | März 1963 | Lastannahmen für Bauten; Lagerstoffe, Baustoffe und Bauteile | 30. 11. 1963 | — | — | S. 156/1964 |
| 2 | Bl. 2 | Juni 1963 | Lastannahmen für Bauten; Bodenwerte, Berechnungsgewicht, Winkel der inneren Reibung, Kohäsion | 30. 11. 1963 | — | — | S. 156/1964 |
| 3 | Bl. 3 | Febr. 1951 | dgl. — Verkehrslasten | 10. 3. 1951 | — | — | S. 159 |
| 3a | Bl. 3 | | dgl. — Verkehrslasten (Anpralllasten) | 3. 1. 1958 | — | — | S. 186 |
| 3b | Bl. 3 | | dgl. — Verkehrslasten (Treppen) | 14. 10. 1959 | — | — | S. 1219 |
| 4 | Bl. 4 | Juni 1938 | dgl. — Verkehrslasten (Windlast) | 18. 6. 1938 | S. I 220 | S. 913 | — |
| 5 | Beibl. | Febr. 1941 | dgl. — Erläuterungen | 12. 12. 1939 | S. I 605 | S. 40 1940 | — |
| 6 | Bl. 5 | Dez. 1936 | dgl. — Verkehrslasten (Schneelast) | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 1941 | — |
| 7 | — | Mai 1938 | Tribünenbauten — Belastungsannahmen und bauaufsichtliche Genehmigung | 20. 5. 1938 | — | S. 598 | — |
| 8 | 1072 | Juni 1952 | Straßen- und Wegbrücken — Lastannahmen — | 16. 6. 1952 | — | — | S. 561 |
| 9 | 4024 | Jan. 1955 | Stützkonstruktionen für rotierende Maschinen (vorzugsweise Tisch-Fundamente für Dampfturbinen [Ziff. 2.2 bis 2.4]) | 2. 3. 1955 | — | — | S. 375 |
| II. Baustoffe | | | | | | | |
| a) Mauersteine | | | | | | | |
| 1 | 105 | März 1957 | Mauerziegel, Vollziegel und Lochziegel | 21. 8. 1957 | — | — | S. 936 |
| 2 | 106 Bl. 1 | Dez. 1962 | Kalksandsteine, Voll-, Loch- und Hohlblocksteine | 24. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 3 | 398 | Dez. 1953 | Hüttensteine (Mauersteine) | 10. 2. 1954 | — | — | S. 256 |
| 4 | 1057 | April 1959 | Freistehende Schornsteine Mauersteine und Mauerziegel | 17. 1. 1961 | — | — | S. 223 |
| 5 | 18151 | Sept. 1952** | Hohlblocksteine aus Leichtbeton | 26. 9. 1960 | — | — | S. 1269 |
| 6 | 18152 | Sept. 1952* | Vollsteine aus Leichtbeton | 27. 6. 1960 | — | — | S. 859 |
| | | | Ergänzung | 5. 12. 1955 | — | — | S. 1283 |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|--------------------------------|-------------|------------|--|---|--------------|-------------|------------|
| | | | | Datum | R.Abl. | ZdB | StAnz. |
| b) Deckensteine | | | | | | | |
| 1 | 4158 | April 1943 | Deckenhohlkörper aus Leichtbeton für Stahlbetonrippendecken | 6. 3. 1943 | S. I 190 | S. 178 | — |
| 2 | 4159 | Mai 1943 | Lochziegel für Stahlsteindecken (gültig bis 30. Juni 1964) | 9. 8. 1943 | S. I 448 | S. 301 | — |
| | und | Febr. 1962 | Deckenziegel, statisch mitwirkend | 20. 7. 1962 | — | — | S. 1058 |
| 3 | 4160 | Mai 1943 | Lochziegel für Stahlbetonrippendecken (gültig bis 30. Juni 1964) | 6. 3. 1943 | S. I 190 | S. 178 | — |
| | und | Febr. 1962 | Deckenziegel, statisch nicht mitwirkend | 20. 7. 1962 | — | — | S. 1058 |
| c) Bindemittel | | | | | | | |
| 1 | 1060 | Juli 1955 | Baukalk | 6. 9. 1955 | — | — | S. 978 |
| 2 | 1164 | Dez. 1958 | Portlandzement, Eisenportlandzement, Hochofenzement | 18. 4. 1959 | — | — | S. 571 |
| 3 | — | — | Dauernde Überwachung der Zementwerke | 30. 11. 1942 | S. I 543 | S. 585 | — |
| 4 | 1167 | Juli 1959 | Traßzement | 13. 11. 1959 | — | — | S. 1415 |
| 5 | 1169 | Juni 1947 | Lehmmörtel für Mauerwerk und Putz | — | — | — | — |
| 6 | 4207 | Febr. 1943 | Mischbinder | 4. 3. 1943 | S. I 188 | S. 168 | — |
| 7 | 4208 | Okt. 1962 | Anhydritbinder | 17. 7. 1963 | — | — | S. 931 |
| 8 | 4210 | Juli 1959 | Sulfathüttenzement | 13. 11. 1959 | — | — | S. 1415 |
| 9 | 51043 Bl. 1 | Juli 1931 | Traß; Begriff, Eigenschaften (früher DVM 1043 Bl. 1) | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 1941 | — |
| 10 | Bl. 2 | Juli 1931 | desgl.; Prüfverfahren | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 1941 | — |
| 11 | Bl. 3 | Juli 1931 | desgl.; Traßnormenkalkpulver, Normensand, Prüfgeräte | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 1941 | — |
| 12 | 51044 | März 1934 | desgl.; Chemische Untersuchung (früher DVM 1044) | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 1941 | — |
| d) Betonzuschlagsstoffe | | | | | | | |
| 1 | 4226 | Juli 1947 | Betonzuschlagsstoffe aus natürlichen Vorkommen; vorläufige Richtlinien für die Lieferung und Abnahme | — | — | — | — |
| 2 | — | Nov. 1931 | Verwendung von Hochofenschlacke als Zuschlagstoff für Stahlbeton | 6. 3. 1943 | S. I 190 | S. 178 | — |
| 3 | — | Sept. 1943 | Richtlinien für die Lieferung von Hüttenbims | 24. 9. 1943 | S. I 492 | S. 13 1944 | — |
| 4 | — | — | Verwendung von werkgemischtem Betonkiessand | 23. 8. 1961 | — | — | S. 1170 |
| e) Holz | | | | | | | |
| 1 | 1101 | Okt. 1961 | Holzwohle-Leichtbauplatten; Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung | 22. 5. 1962 | — | — | S. 799 |
| 2 | 1102 | Febr. 1957 | Holzwohle-Leichtbauplatten nach DIN 1101 im Hochbau, Richtlinien für die Verwendung | 3. 7. 1957 | — | — | S. 688 |
| 3 | 4074 Bl. 1 | Dez. 1958 | Gütebedingungen für Bauschnittholz (Nadelholz) | 18. 4. 1959 | — | — | S. 571 |
| 4 | 4074 Bl. 2 | Dez. 1958 | Gütebedingungen für Baurundholz (Nadelholz) | 18. 4. 1959 | — | — | S. 571 |
| 5 | 68705 | März 1963 | Sperrholz für allgemeine Zwecke, Begriffe, Gütebedingungen | 4. 12. 1963 | — | — | S. 22/1964 |
| 6 | 68750 | April 1958 | Poröse und harte Holzfaserverplatten, Gütebedingungen | 4. 12. 1963 | — | — | S. 22/1964 |
| 7 | 68761 Bl. 1 | Juni 1961 | Holzspanplatten, Rohdichte 450 kg/m ³ bis 750 kg/m ³ , Begriffe, Anforderungen und Prüfung | 4. 12. 1963 | — | — | S. 22/1964 |
| 8 | 68761 Bl. 2 | Febr. 1963 | Holzspanplatten, Rohdichte bis 450 kg/m ³ (leichte Holzspanplatten), Anforderungen und Prüfung | 4. 12. 1963 | — | — | S. 22/1964 |
| f) Neue Baustoffe und Bauarten | | | | | | | |
| 1 | 4110 | Juli 1938 | Technische Bestimmungen für Zulassung neuer Bauweisen Änderung | 12. 7. 1938 | S. I 427 | S. 879 | — |
| | | | | 20. 4. 1943 | S. I 274 | — | — |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|---|----------------|---------------|---|--|-------------|--------|---------------|
| | | | | Datum | RABl. | ZdB | StAnz. |
| III. Berechnungsgrundlagen | | | | | | | |
| a) Grundbau | | | | | | | |
| 1 | 1054 | Juni 1953 | Gründungen; zulässige Beanspruchung des Baugrundes, Richtlinien | 2. 10. 1953 | — | — | S. 975 |
| 2 | 1054 Beibl. | Okt. 1953 | desgl.; Erläuterungen der Richtlinien | 11. 11. 1953 | — | — | S. 1101 |
| 3 | 4019 Bl. 1 | Juni 1958 | Baugrund; Setzungsberechnungen bei lotrechter, mittiger Belastung, Richtlinien | 31. 10. 1958 | — | — | S. 1430 |
| 4 | 4014 | Dez. 1960 | Bohrpfähle, Herstellung und zulässige Belastung, Richtlinien | 14. 6. 1961 | — | — | S. 744 |
| 5 | 4019 Bl. 2 | Febr. 1961 | Baugrund, Setzungsberechnungen bei schräg und bei außermittig wirkender Belastung (Verkantung), Richtlinien | 28. 8. 1961 | — | — | S. 1172 |
| b) Mauerwerksbau | | | | | | | |
| 1 | 1053 | Nov. 1962 | Mauerwerk, Berechnung und Ausführung | 24. 1. 1964 | — | — | S. 230 |
| | | | Ergänzung (betr. Bindemittel) | 7. 2. 1956 | — | — | S. 165 |
| 2 | | | Richtlinien für die Prüfung und Überwachung von gemauerten Gebäuden mit sechs und mehr Vollgeschossen | 1. 4. 1954 | — | — | S. 424 |
| 3 | 1056 Bl. 1 | April 1959 | Freistehende Schornsteine, Grundlagen für Berechnung und Ausführung | 17. 1. 1961 | — | — | S. 223 |
| 4 | 1056 Bl. 2 | April 1959 | Freistehende Schornsteine, Richtlinien für die Prüfung der Baustoffe und Bauteile | 17. 1. 1961 | — | — | S. 223 |
| 5 | 1058 | Juli 1959 | Säureschornsteine, Richtlinien für Berechnung und Ausführung | 17. 1. 1961 | — | — | S. 223 |
| | | | Hinweis auf Tonerdeschmelzzement | 28. 6. 1962 | — | — | S. 979 |
| 6 | 4106 | Mai 1953 | Wanddicken für Wohnungsbauten | 23. 6. 1953 | — | — | S. 616 |
| 7 | 18951 | Jan. 1951 | Lehmbauten, Vorschriften für die Ausführung (Lehmbauordnung) | 13. 3. 1951 | — | — | — |
| 8 | — | Jan. 1944 | Nachprüfung der Standsicherheit von Ruinen | 21. 4. 1944 | S. I 50 | — | — |
| c) Beton- und Stahlbetonbau | | | | | | | |
| Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton | | | | | | | |
| 1 | 1045 | Nov. 1959 | Bestimmungen für die Ausführung von Bauwerken aus Stahlbeton | 21. 2. 1961 | — | — | S. 355 |
| | | | Änderung (Piltzdecken — § 26) | 27. 11. 1957 | — | — | S. 4/ 1958 |
| | | | Änderung (Bolzenwerkzeuge) | 30. 4. 1958 | — | — | S. 579 |
| | | | Ergänzung (Verwendung von Spannstahl) | 7. 3. 1960 | — | — | S. 933 |
| | | | Ergänzung (Beschränkung der Durchbiegung) | 2. 11. 1960 | — | — | S. 1436 |
| | | | Ergänzung (Beschränkung der Durchbiegung) | 4. 1. 1961 | — | — | S. 99 |
| | | | Ergänzung (Beschränkung der Durchbiegung) | 4. 4. 1961 | — | — | S. 418 |
| | | | Hinweis auf Tonerdeschmelzzement | 28. 6. 1962 | — | — | S. 979 |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| | | | Vorläufige Neufassung § 27 Abschnitt 2d | 29. 1. 1964 | — | — | S. 286 |
| 2 | 1046 | 1943 | Bestimmungen für die Ausführung von Stahlsteindecken | 9. 8. 1943 | S. I 448 | S. 301 | — |
| | | | Kreuzausgabe | 2. 8. 1957 | — | — | S. 827 |
| 3 | 1047 | 1943 | Bestimmungen für die Ausführung von Bauwerken aus Beton | 3. 4. 1944 | S. I 157 | S. 89 | — |
| 3a | | | „Transportbeton“ | 23. 8. 1961 | — | — | S. 1168 |
| 4 | 1048 | 1943 | Bestimmungen für Betonprüfungen bei Ausführung von Bauwerken aus Beton und Stahlbeton | 3. 4. 1944 | S. I 157 | S. 89 | — |
| | | | Kreuzausgabe | 2. 8. 1957 | — | — | S. 827 |
| 5 | 1075 | April 1955 | Massive Brücken, Berechnungsgrundlagen | 5. 7. 1955 | — | — | S. 794 |
| 6 | 4030 | Sept. 1954 | Beton in betonschädlichen Wässern und Böden, Richtlinien für die Ausführung | 14. 10. 1954 | — | — | S. 1060 |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|-------------|------------|------------|---|---|----------|---------|---------|
| | | | | Datum | RABl. | ZdB | StAnz. |
| 7 | 4163 | Febr. 1951 | Ziegelsplittbeton, Bestimmungen für Herstellung und Verwendung | 10. 3. 1951 | — | — | S. 159 |
| 8 | 4164 | Okt. 1951 | Gas- und Schaumbeton, Herstellung, Verwendung und Prüfung | 18. 10. 1951 | — | — | S. 708 |
| 9 | 4223 | Juli 1958 | Bewehrte Dach- und Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gas- und Schaumbeton | 14. 10. 1959 | — | — | S. 1219 |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| 10 | 4225 | Juli 1960 | Fertigbauteile aus Stahlbeton, Richtlinien für Herstellung und Anwendung | 14. 2. 1961 | — | — | S. 354 |
| | | | Ergänzung | 18. 3. 1958 | — | — | S. 447 |
| | | | Ergänzung | 6. 4. 1959 | — | — | S. 490 |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| 11 | 4227 | Okt. 1953 | Spannbeton, Richtlinien für die Bemessung und Ausführung | 28. 12. 1954 | — | — | 1955 |
| | | | Ergänzung | 18. 3. 1958 | — | — | S. 447 |
| | | Juli 1957 | Vorläufige Richtlinien für das Auspressen von Spanngliedern mit Zementmörtel — Fassung Juli 1957 | 20. 10. 1958 | — | — | S. 1431 |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| 12 | 4028 | Okt. 1938 | Bestimmungen für die Herstellung und Verlegung von Stahlbetonhohldielen | 12. 10. 1938 | S. I 371 | S. 1377 | — |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| 13 | 4229 | Juli 1950 | Tragwerke aus Glasstahlbeton, Grundsätze für die Ausführung | | — | — | |
| 14 | 4230 | Juni 1944 | Rohrbrücken aus Stahlbeton, zweigeschossig, Abmessungen und Lastannahmen | | — | — | |
| 15 | 4231 | Juli 1949 | Instandsetzung beschädigter Stahlbetonhochbauten, Richtlinien für Ausführung und Berechnung | 20. 10. 1949 | — | — | S. 463 |
| 16 | 4232 | Okt. 1955 | Geschüttete Leichtbetonwände für Wohn- und andere Aufenthaltsräume, Richtlinien für die Ausführung | 2. 11. 1955 | — | — | S. 1226 |
| 17 | 4233 | Dez. 1953 | Balken- und Rippendecken aus Stahlbeton-Fertigbalken mit Füllkörpern, F-Decke | 26. 2. 1954 | — | — | S. 307 |
| | | | Kreuzausgabe | 2. 8. 1957 | — | — | S. 827 |
| | | | Ergänzung | 13. 8. 1963 | — | — | S. 1026 |
| 18 | 4234 | Jan. 1953 | Stahlbeton-Maste, Bestimmungen für die Bemessung und Herstellung | 8. 4. 1953 | — | — | S. 428 |
| 19 | 4239 | Sept. 1956 | Verbundträger-Hochbau, Richtlinien für die Berechnung und Ausbildung | 31. 10. 1957 | — | — | S. 1235 |
| 20 | | | Tragende Wände aus Beton und Stahlbeton im Hochbau, Vorläufige Richtlinien für Bemessung und Ausführung | 24. 5. 1955 | — | — | S. 615 |
| 21 | 4165 | Febr. 1959 | Wandbausteine aus dampfgehärtetem Gasbeton und Schaumbeton | 14. 10. 1959 | — | — | S. 1218 |
| 22 | 4166 | Febr. 1959 | Wandbauplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton und Schaumbeton | 14. 10. 1959 | — | — | S. 1218 |
| d) Stahlbau | | | | | | | |
| 1 | 120 Bl. 1 | Nov. 1936 | Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen | 28. 5. 1942 | S. I 279 | S. 331 | — |
| | | | Ergänzung | 9. 11. 1943 | S. I 562 | | |
| | | | Änderung | 13. 11. 1959 | — | — | S. 1415 |
| | | | Änderung | 31. 1. 1964 | — | — | S. 232 |
| 2 | 120 Bl. 2 | Nov. 1936 | Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen, Grundsätze für die bauliche Durchbildung (einschl. Erläuterung gemäß Beiblatt) | 28. 5. 1942 | S. I 279 | S. 331 | — |
| 3 | 1050 | Dez. 1957 | Stahl im Hochbau, Berechnung und bauliche Durchbildung (Abschn. 1 bis 7.5) | 18. 7. 1958 | — | — | S. 954 |
| | | | Ergänzung | 17. 7. 1963 | — | — | S. 1003 |
| 4 | 1050 Bl. 2 | Juni 1947 | Altstahl im Hochbau, Richtlinien für Aufarbeitung und Verwendung | — | — | — | — |
| | | | Ergänzung | 17. 7. 1963 | — | — | S. 1003 |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|---------------------|------------------------------------|-------------------------|--|--|--------------------|---------------|-----------------|
| | | | | Datum | RABl. | ZdB | StAnz. |
| 5 | 1051 | Febr. 1957 | Berechnungsgrundlagen für Grauguß im Hochbau | 6. 12. 1940 | — | — | — |
| 6 | 1073 | Jan. 1941 | Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken (Anhang ersetzt durch DIN 4114) | 29. 7. 1941 | S. I 474 | S. 647 | — |
| 7 | 1078 Bl. 1 | Sept. 1955 | Verbundträger-Straßenbrücken, Richtlinien für die Berechnung und Ausbildung | 12. 10. 1955 | — | — | S. 1119 |
| 8 | 1079 | Nov. 1938 | Stählerne Straßenbrücken, Grundsätze für die bauliche Durchbildung | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 | — |
| 9 | 4100 | Dez. 1956 | Geschweißte Stahlhochbauten, Berechnung und bauliche Durchbildung | 18. 7. 1958 | — | — | S. 956 |
| 10 | 4101 | Juli 1937 | Vorschriften für geschweißte, vollwandige stählerne Straßenbrücken | 6. 12. 1940 | 1941 S. I 16 | S. 314 | — |
| 11 | 4111 Bl. 1 | Nov. 1943 | Stählerne Bohrtürme für Tiefbohrungen; stählerne Fördertürme für Erdölgewinnung, Berechnungsgrundlagen Änderung | 4. 11. 1943 | S. I 562 | 1944 S. 22 | — |
| | | | | 13. 11. 1959 | — | — | S. 1416 |
| 12 | 4114 Bl. 1 (Fassung Okt. 61) | Juli 1952** | Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) | 30. 11. 1962 | — | — | 1963 S. 6 |
| 13 | 4115 | Aug. 1950 | Stahlleichtbau und Stahlrohrbau im Hochbau Ergänzung | 28. 8. 1950 | — | — | S. 369 |
| | | | | 14. 2. 1961 | — | — | S. 354 |
| 14 | 4118 | Sept. 1960 | Fördergerüste für den Bergbau, Lastannahmen und Berechnungsgrundlagen | 7. 6. 1961 | — | — | S. 722 |
| 15 | 4119 Bl. 1 | Okt. 1961* | Oberirdische zylindrische Tankbauwerke aus Stahl, Berechnungsgrundlagen | 31. 1. 1964 | — | — | S. 232 |
| 16 | 4119 Bl. 2 | Okt. 1961 | Oberirdische zylindrische Tankbauwerke aus Stahl, Erklärungen und Hinweise zu den Berechnungsgrundlagen | 31. 1. 1964 | — | — | S. 232 |
| 17 | 4129 | Febr. 1948 | Trag- und Abspannseile von Kranen | — | — | — | — |
| 18 | — | Fassung Nov. 1956 | Vorläufige Richtlinien für die Berechnung, Ausführung und bauliche Durchbildung von gleitfesten Schraubenverbindungen (HV-Verbindungen) Ergänzung | 18. 7. 1958 | — | — | S. 954 |
| | | | | 17. 7. 1963 | — | — | S. 1005 |
| 19 | 17100 | Okt. 1957 | Allgemeine Baustähle, Gütevorschriften | 18. 7. 1958 | — | — | S. 1018 |
| 20 | 8560 Bl. 1 | Jan. 1959 | Prüfung von Handschweißern für das Schweißen von Stahl | 2. 11. 1960 | — | — | S. 1435 |
| e) Holzbau | | | | | | | |
| 1 | 104 Bl. 1 | Jan. 1952 | Holzbalkendecken; Balken auf zwei Stützen, Berechnung | 29. 5. 1952 | — | — | S. 487 |
| 2 | 104 Bl. 2 | März 1954 | Holzbalkendecken, Durchlaufbalken auf 3 Stützen | 20. 5. 1954 | — | — | S. 587 |
| 3 | 1052 | Okt. 1947 | Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung | — | — | — | — |
| 3a | | Aug. 1963 | Ergänzung zu DIN 1052 Holzhäuser in Tafelbauart, Bemessung und Ausführung | 1. 11. 1963 | — | — | S. 151/ 1964 |
| 4 | 1074 | Aug. 1941 | Holzbrücken, Berechnung und Ausführung | 18. 10. 1941 | S. I 485 | S. 782 | — |
| 5 | 68140 | Juni 1960 | Holzverbindungen, Keilzinkenverbindungen als Längsverbinding | 14. 2. 1961 | — | — | S. 355 |
| f) Fliegende Bauten | | | | | | | |
| 1 | 4112 | März 1960 | Fliegende Bauten, Richtlinien für Bemessung und Ausführung | 16. 5. 1962 | — | — | S. 835 |
| IV. Bautenschutz | | | | | | | |
| 1 | 4102 Bl. 1 | Nov. 1940 | Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme, Begriffe Ergänzende Bestimmungen zu DIN 4102 | 8. 10. 1940 | S. I 524 | S. 751 | — |
| | | | | 10. 12. 1963 | — | — | S. 114/ 1964 |
| 2 | 4102 Bl. 2 | Nov. 1940 | Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme, Einreihung in die Begriffe Ergänzung | 8. 10. 1940 | S. I 524 | S. 751 | — |
| | | | | 28. 4. 1960 | — | — | S. 646 |
| | | | Ergänzende Bestimmungen zu DIN 4102 | 10. 12. 1963 | — | — | S. 114/ 1964 |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|-------------------------|-------------------|-------------------------|--|--|------------------|-------------|------------------------------|
| | | | | Datum | R.Abl. | ZdB | StAnz. |
| 3 | 4102 Bl. 3 | Nov. 1940 | Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme, Brandversuche Ergänzende Bestimmungen zu DIN 4102 | 8. 10. 1940 10. 12. 1963 | S. I 524 — | S. 751 — | — S. 114/ 1964 |
| 4 | 4108 | Mai 1960 | Wärmeschutz im Hochbau | 8. 3. 1961 | — | — | S. 418 |
| 5 | 4109 Bl. 1 | Sept. 1962 | Schallschutz im Hochbau — Begriffe — | 4. 12. 1963 | — | — | S. 111/ 1964 |
| 6 | 4109 Bl. 2 | Sept. 1962 | Schallschutz im Hochbau — Anforderungen — | 4. 12. 1963 | — | — | S. 111/ 1964 |
| 7 | 4109 Bl. 3 | Sept. 1962 | Schallschutz im Hochbau — Ausführungsbeispiele | 4. 12. 1963 | — | — | S. 111/ 1964 |
| 8 | 4109 Bl. 4 | Sept. 1962 | Schallschutz im Hochbau — Schwimmende Estriche auf Massivdecken; Richtlinien für die Ausführung | 4. 12. 1963 | — | — | S. 111/ 1964 |
| 9 | 4117 | Nov. 1960 | Abdichtung von Bauwerken gegen Bodenfeuchtigkeit, Richtlinien für die Ausführung | 20. 6. 1961 | — | — | S. 839 |
| 10 | 18164 | Jan. 1963 | Schaumkunststoffe als Dämmstoffe für den Hochbau, Abmessungen, Eigenschaften, Prüfung | 5. 12. 1963 | — | — | S. 1450 |
| 11 | 18165 | März 1963 | Faserdämmstoffe für den Hochbau; Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung | 17. 7. 1963 | — | — | S. 932 |
| 12 | Vornorm 52211 | Sept. 1953 | Bauakustische Prüfungen; Schalldämmzahl und Normtrittschalldämmzahl, einheitliche Mitteilung und Bewertung von Meßergebnissen Ergänzung | 9. 3. 1954 13. 11. 1959 | — | — | S. 307 1960 S. 226 |
| 13 | 68800 | Sept. 1956 | Holzschutz im Hochbau | 18. 11. 1957 | — | — | S. 1235 |
| 14 | 4031 | Nov. 1959 | Wasserdruckhaltende bituminöse Abdichtungen für Bauwerke, Richtlinien für Bemessung und Ausführung | 17. 1. 1961 | — | — | S. 224 |
| V. Verschiedenes | | | | | | | |
| 1 | TVR Gas | 1962 | Technische Vorschriften und Richtlinien für die Errichtung und Unterhaltung von Niederdruckgasanlagen in Gebäuden und Grundstücken — DVGW-TV Gas (1962) Ergänzungen zu den DVGW-TV Gas (1950) | 9. 10. 1962 22. 8. 1960 | — | — | S. 1474 S. 1299 |
| | | | aufgehoben die Anlagen 1, 3, 4, 5 und 6 | 9. 10. 1962 | — | — | S. 1474 |
| 2 | VDE 0210 2. 58 | Febr. 1958 | Vorschriften für den Bau von Starkstromfreileitungen Ergänzung | 3. 1. 1958 29. 2. 1960 | — | — | S. 142 S. 440 |
| 3 | 277 | Nov. 1950* | Hochbauten, umbauter Raum | 3. 2. 1961 | — | — | S. 278 |
| 4 | 1986 Bl. 1 | Juni 1962 | Grundstücksentwässerungsanlagen, technische Bestimmungen für den Bau | 2. 12. 1963 | — | — | S. 1449 |
| 5 | 1986 Bl. 2 | Juni 1962 | Grundstücksentwässerungsanlagen; Bestimmungen für die Ermittlung der lichten Weiten der Rohrleitungen | 2. 12. 1963 | — | — | S. 1449 |
| 6 | 1999 Bl. 1 | Nov. 1959 | Benzinabscheider, Baugrundsätze | 7. 3. 1960 | — | — | S. 440 |
| 7 | 1999 Bl. 2 | Sept. 1958 | Benzinabscheider, Richtlinien für Größe, Einbau und Betrieb | 19. 5. 1959 | — | — | S. 621 |
| 8 | 3396 | Sept. 1957 | Oberirdische Hochdruck-Gasbehälter (Unterabschnitte 1.1, 1.3 und 2.2 und Abschn. 3 und 4) | 13. 8. 1958 | — | — | S. 1050 |
| 9 | 4040 | Jan. 1957 | Fettabscheider, Baugrundsätze | 18. 11. 1957 | — | — | S. 1244 |
| 10 | 4041 | Jan. 1957 | Fettabscheider; Einbau, Größe und Schlammfänge, Richtlinien | 18. 11. 1957 | — | — | S. 1244 |
| 11 | 4103 | Juni 1950 | Leichte Trennwände, Richtlinien für die Ausführung | 22. 7. 1950 | — | — | S. 310 |
| 12 | 4113 | Febr. 1958 | Aluminium im Hochbau, Richtlinien für Berechnung und Ausführung | 27. 1. 1959 | — | — | S. 212 |
| 13 | 4121 | Aug. 1951 | Hängende Drahtputzdecken (Rabitzdecken), Richtlinien für die Ausführung | 18. 10. 1951 | — | — | S. 708 |
| 14 | 4411 | Juli 1952 | Leitergerüste, Gerüstleitern und Einzelteile | 9. 7. 1952 | — | — | S. 656 |
| 15 | 4420 | Jan. 1952* | Gerüstordnung | 16. 7. 1955 | — | — | S. 838 |
| | | Fassung Juni 1955 | | | | | |
| 16 | 4420 Beibl. 1 | Jan. 1952 | Gerüstketten, Richtlinien für Anforderungen | 9. 7. 1952 | — | — | S. 656 |

| Lfd. Nr. | DIN (Bl.) | Ausgabe | Titel | Einführungserlasse für die Bauaufsicht und ergänzende Erlasse | | | |
|-------------|------------------|---------------|---|--|-------|-----|----------------|
| | | | | Datum | RABl. | ZdB | StAnz. |
| 17 | 4420 Beibl. 2 | Jan. 1952 | Stangengerüste besonderer Bauart | 9. 7. 1952 | — | — | S. 656 |
| 18 | 4261 | Okt. 1954 | Kleinkläranlagen, Richtlinien für Anwendung, Bemessung, Ausführung und Betrieb | 20. 11. 1954 | — | — | 1955 S. 50 |
| 19 | 4755 | Jan. 1959 | Ölfeuerungen in Heizungsanlagen, Richtlinien | 2. 2. 1960 | — | — | S. 362 |
| 20 | 6608 Bl. 1 | Okt. 1962 | Liegende Behälter aus Stahl für unterirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 21 | 6608 Bl. 2 | März 1963 | Liegende Behälter aus Stahl, doppelwandig, für unterirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 22 | 6608 Bl. 3 | März 1963 | Liegende Behälter aus Stahl für unterirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte, Transport und Einbau | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 23 | 6616 | Nov. 1962 | Liegende Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 24 | 6617 | Nov. 1962 | Liegende Behälter aus Stahl für teilweise oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 25 | 6618 | Nov. 1962 | Stehende Behälter aus Stahl für oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 26 | 6619 | Nov. 1962 | Stehende Behälter aus Stahl für teilweise oberirdische Lagerung flüssiger Mineralölprodukte | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 27 | 6620 | Aug. 1962 | Batteriebehälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 28 | 6622 | Aug. 1963 | Haushaltsbehälter aus Stahl für oberirdische Lagerung von Heizöl | 27. 1. 1964 | — | — | S. 231 |
| 29 | 11535 Bl. 1 | Mai 1958 | Gewächshäuser, Richtlinien für Berechnung und Ausführung | 15. 8. 1958 | — | — | S. 1050 |
| 30 | 18017 Bl. 1 | März 1960 | Lüftung von Bädern und Spülaborten ohne Außenfenster durch Schächte und Kanäle, ohne Motorkraft; Einzelschachtanlagen | 27. 10. 1960 | — | — | S. 1378 |
| 31 | 18017 Bl. 2 | Aug. 1961* | Lüftung von Bädern und Spülaborten ohne Außenfenster durch Schächte und Kanäle, ohne Motorkraft, Sammelschachtanlagen | 17. 7. 1963 | — | — | S. 1066 |
| | | | Ergänzung | 31. 1. 1964 | — | — | S. 233 |
| 32 | 18081 Bl. 1 | Okt. 1953 | Feuerbeständige Stahltür (Fb 1-Tür) einflügelig | 21. 12. 1953 | — | — | 1954 S. 101 |
| 33 | 18081 Bl. 2 | Okt. 1953 | Feuerbeständige Stahltür (Fb 1-Tür), Güte- und Prüfvorschriften für gebrannte Kieselgurplatten | 21. 12. 1953 | — | — | 1954 S. 101 |
| 34 | 18082 Bl. 1 | Juni 1959 | Feuerhemmende Stahltür (Fh 1-Tür), einflügelig | 19. 1. 1961 | — | — | S. 194 |
| 35 | 18082 Bl. 2 | Juni 1959 | Feuerhemmende Stahltür (Fh 1-Tür), Güte- und Prüfbestimmungen für Mineralfaser-Einlagen | 19. 1. 1961 | — | — | S. 194 |
| 36 | 18150 | Jan. 1956 | Hausschornsteine, Formstücke aus Leichtbeton mit Querschnitten bis 700 cm ² | 22. 2. 1956 | — | — | S. 238 |
| 37 | 18160 Bl. 1 | Dez. 1962 | Feuerungsanlagen, Hausschornsteine, Bemessung und Ausführung | 6. 12. 1963 | — | — | 1964 S. 22 |
| 38 | 18160 Bl. 2 | Febr. 1963 | Feuerungsanlagen, Verbindungsstücke | 6. 12. 1963 | — | — | 1964 S. 22 |
| 39 | 18160 Bl. 5 | Febr. 1963 | Feuerungsanlagen, Einrichtungen für das Reinigen von Hausschornsteinen | 6. 12. 1963 | — | — | 1964 S. 22 |
| 40 | 19520 | April 1959 | Abwässer aus Krankenanstalten, Richtlinien für die Behandlung | 15. 2. 1960 | — | — | S. 314 |
| | 18160 | | Berichtigung | 7. 2. 1964 | — | — | S. 289 |
| 41 | 4411 Bl. 2 | März 1962 | Leitergerüste, Zweisprossige Leiter (Süddeutsche Gerüstleiter) | 6. 11. 1962 | — | — | S. 1618 |
| 42 | 4411 Bl. 3 | März 1962 | Vollsprossige Leiter (Berliner Gerüstleiter) | 6. 11. 1962 | — | — | S. 1618 |
| 43 | — | — | Allgemeine Blitzschutz-Bestimmungen | 31. 1. 1964 | — | — | S. 233 |

363**Wahl der Schöffen und Geschworenen sowie der Jugendschöffen;**

hier: a) Aufstellung der Vorschlagslisten, b) Wahl der Vertrauenspersonen für die Ausschüsse bei den Amtsgerichten, c) Bestimmung von Verwaltungsbeamten als Beisitzer für die unter b) genannten Ausschüsse

Bezug: Gemeinsame Runderlasse des Hessischen Ministers des Innern und des Hessischen Ministers der Justiz vom 21. 10. 1950 (StAnz. S. 441), 1. 10. 1953 (StAnz. S. 892), 28. 3. 1956 (StAnz. S. 370) und meine Erlasse vom 31. 3. 1958 (StAnz. S. 461), 7. 3. 1960 (StAnz. S. 358) und 8. 5. 1962 (StAnz. S. 676)

Die Amtszeit der z. Z. amtierenden Schöffen, Geschworenen und Jugendschöffen endet mit dem Ablauf des Jahres 1964. Wegen der rechtzeitigen Einleitung der erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen durch die Gemeinden und Landkreise bringe ich die oben genannten Erlasse in Erinnerung und bemerke hierzu folgendes:

Zu a) Die Vorschlagslisten für die Schöffen und Geschworenen sowie für die Jugendschöffen sind in diesem Jahr bis zum 15. Juni aufzustellen und bis zum 15. Juli dem zuständigen Amtsrichter bzw. Jugendrichter einzureichen.

Zu b) Damit die bei den Amtsgerichten zu bildenden Schöffenwahlausschüsse termingerecht zusammentreten können, bitte ich darauf hinzuwirken, daß die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte die Vertrauenspersonen für die Ausschüsse rechtzeitig wählen und termingemäß den zuständigen Amtsrichtern mitteilen.

Bei der Wahl der Vertrauenspersonen ist die Aufschlüsselung in der Anlage zu meinem Erlaß vom 31. 3. 1958 (StAnz. S. 461) mit folgender Änderung zu beachten:

Der Kreistag des Landkreises Büdingen hat aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks Ortenberg für den Ausschuß beim Amtsgericht Ortenberg 10 anstatt seither 9 Vertrauenspersonen zu wählen.

Bei dem Landkreis Friedberg fällt die Wahl einer Vertrauensperson für den Ausschuß beim Amtsgericht Ortenberg weg.

Zu c) Die Vorschläge für die von der Landesregierung zu bestimmenden Verwaltungsbeamten als Beisitzer der Ausschüsse bitte ich mir vollzählig bis zum 1. Juli, und zwar jeweils einen Beisitzer und einen Stellvertreter für jeden Amtsgerichtsbezirk, vorzulegen.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. Main legt mir seine Vorschläge unmittelbar vor.

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV a — 25 c 06

StAnz. 13/1964 S. 438

364**Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Lüdermünd im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, und Hemmen im Landkreis Lauterbach, Regierungsbezirk Darmstadt.**

Die Hessische Landesregierung hat am 27. Februar 1964 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) und der §§ 14 und 15 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 131) werden mit Wirkung vom 1. März 1964 folgende Grenzänderungen vorgenommen:

1. Aus dem Gemeindegebiet Lüdermünd (Krs. Fulda) wird ausgegliedert und in das Gemeindegebiet Hemmen (Krs. Lauterbach) eingemeindet:

Flur 1, Flurstück 4/3 (9 m²).

2. Aus dem Gemeindegebiet Hemmen (Krs. Lauterbach) wird ausgegliedert und in das Gemeindegebiet Lüdermünd (Krs. Fulda) eingemeindet:

Flur 1, Flurstück 120/3 (53 m²).

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 18. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 08 — 40/64

StAnz. 13/1964 S. 438

365**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Villingen, Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt**

Der Gemeinde Villingen im Landkreis Gießen, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Unter rotem Schildhaupt in Gold ein rechtsgewendeter, rotbezungter und -bewehrter, geflügelter blauer Löwe mit silbernem Nimbus.“

Wiesbaden, 14. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64

StAnz. 13/1964 S. 438

366 367**Gestaltung und Ausgabe von bundeseinheitlichen Presseausweisen**

Am 1. Januar 1964 ist die nachfolgend abgedruckte Vereinbarung über die Gestaltung und Ausgabe von bundeseinheitlichen Presseausweisen in Kraft getreten.

Die in Abschnitt I 1 der Vereinbarung genannten Journalisten- und Verlegerverbände haben die Berechtigung zur Ausgabe von Presseausweisen auf ihre Landesverbände übertragen. Lediglich die Deutsche Journalisten-Union in der Druck- und Papierindustrie läßt die Presseausweise zentral ausstellen.

Die ausgabeberechtigten Landesverbände haben folgende Bezeichnung und Anschrift:

Deutscher Journalistenverband e. V., Bonn, Münsterplatz 3a
Presseverband Baden, Freiburg i. Br., Basler Landstraße 3
Bayerischer Journalistenverband, München 2, Maricnplatz 22
Presseverband Berlin, Berlin 12, Grolmanstraße 4

Bremer Journalistenvereinigung, Bremen, Buxtorffstraße 26
Berufsvereinigung Hamburger Journalisten, Hamburg 37, Gänsemarkt 35

Hessischer Journalistenverband, Frankfurt a. M., Liebigstr. 24
Verband der Journalisten in Niedersachsen, Hannover, Odenstraße 13

Rheinisch-Westfälischer Journalistenverband, Düsseldorf, Königiallee 68

Journalistenverband Rheinland-Pfalz, Mainz, Deutschhausplatz 8

Schleswig-Holsteinischer Journalisten-Verband, Kiel, Holstenbrücke 2

Südwestdeutscher Journalistenverband, Stuttgart, Adelheidweg 9

Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, Stuttgart-N, Friedrichstraße 15

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V., Bad Godesberg, Hohenzollernplatz 7

Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger e. V., Baden-Baden, Ludwig-Wilhelm-Straße 9

Verband Bayerischer Zeitungsverleger e. V., München 2, Sophienstraße 3

Verein der Berliner Zeitungsverleger e. V., Berlin W 30, Potsdamer Straße 87

Zeitungsverlegerverein Hamburg e. V., Hamburg-Altona, Altonaer Bahnhofstraße 108 (Hansa-Haus)

Verband Hessischer Zeitungsverleger e. V., Frankfurt a. M., Steinweg 6 III

Verein Niederdeutscher Zeitungsverleger e. V., Hannover, Am Schiffgraben 57

Verein Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger e. V., Düsseldorf, Schadowstraße 39

Landesverband der Deutschen Zeitungsverleger in Rheinland-Pfalz e. V., Frankfurt a. M., Steinweg 6 III

Verein Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverleger e. V., Kiel, Holstenbrücke 8--10

Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstraße 101

Landesverband Bayerischer Zeitschriftenverleger e. V., München 2, Theatiner Straße 29

Verband der Zeitschriftenverleger Berlin e. V., Berlin W 15, Konstanzer Straße 59

Zeitschriftenverleger-Verein Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf, Florastraße 17

Verein der Zeitschriftenverleger in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V., Hamburg 11, Große Neuenmarkt 24/26

Niedersächsischer Zeitschriftenverleger-Verein e. V., Hannover, Devrientstraße 12 A

Südwestdeutscher Zeitschriftenverleger-Verband e. V., Stuttgart-Feuerbach, Neufferstraße 43.

Bis zum 31. März 1964 wird der Gebrauch des bisherigen (gelben) Ausweises nicht beanstandet.

Das Muster des neuen Presseausweises ist im Anschluß an die Vereinbarung hier abgedruckt.

Wegen der Kennzeichnung von Journalisten und von Presse-Fahrzeugen gegenüber der Polizei weise ich auf meinen Runderlaß vom 19. 9. 1962 (StAnz. S. 1356) hin.

Wiesbaden, 11. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern

III b — 5 e

StAnz. 13/1964 S. 438

*

Vereinbarung über die Gestaltung und Ausgabe von bundeseinheitlichen Presseausweisen

Zwischen dem Bundesminister des Innern, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, den Innenministern (Senatoren) der Bundesländer (ohne Saarland), dem Deutschen Journalistenverband e. V., der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier, dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V., dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., ist nach dem beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vorliegenden Schriftwechsel folgendes vereinbart worden:

I. Die ausstellungsberechtigten Verbände

1. Zur Ausstellung von Presseausweisen sind folgende Verbände berechtigt:

Deutscher Journalistenverband e. V.

Deutsche Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V.

Die genannten Verbände übernehmen die Verantwortung für eine gewissenhafte und ordnungsgemäße Ausstellung und Ausgabe der Presseausweise.

2. Sollten in Zukunft weitere Verbände oder Vereinigungen das Recht zur Ausstellung von Presseausweisen fordern, so wird hierüber gemeinsam von

dem Bundesministerium des Innern,

der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und

dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer) im Einvernehmen mit den unter Abs. 1 genannten Verbänden entschieden.

3. Die Vertreter der unter Abs. 1 genannten Verbände erklären sich bereit, auch an nicht oder anderweitig organisierte, hauptberufliche Journalisten bei Vorlage entsprechender Unterlagen Presseausweise auszustellen, ohne die Mitgliedschaft zu verlangen.

4. Die Ausstellung von Presseausweisen an Ausländer erfolgt vorwiegend durch den Deutschen Journalistenverband e. V.

II. Grundsätze und Verfahren für die Ausgabe von Presseausweisen

1. An die Ausgabe von Presseausweisen ist ein strenger Maßstab anzulegen. Die Ausweise dürfen nur an hauptberufliche Journalisten ausgegeben werden, die eine verantwortliche, im öffentlichen Interesse liegende journalistische Tätigkeit ausüben. An Personen, die diese Tätigkeit nur gelegentlich ausüben, darf ein Presseausweis nicht erteilt werden. Hauptberuflich tätig sind nur solche Journalisten, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus hauptberuflicher journalistischer Tätigkeit erzielen.

2. An Personen, deren laufende publizistische Tätigkeit gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, die dem Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik dienen, sind Presseausweise nicht auszugeben.

3. Die Presseausweise werden grundsätzlich nur an Personen über 21 Jahre erteilt. Von diesem Grundsatz werden die Verbände nur in Ausnahmefällen und unter Anlegung eines besonders strengen Maßstabes abgehen.

4. Jeder ausgabeberechtigte Verband verpflichtet sich, vor Ausstellung der bei ihm beantragten Ausweise die anderen ausstellungsberechtigten Verbände darüber zu unterrichten, an wen er Ausweise ausgeben will. Die anderen ausstellungsberechtigten Verbände können innerhalb von vierzehn Tagen nach Erhalt der Mitteilung Einspruch gegen die Ausstellung einzelner Ausweise einlegen. Wird innerhalb der Frist von vierzehn Tagen kein Einspruch eingelegt, kann die Ausstellung vorgenommen werden. Bei Einspruch entscheidet ein von den Verbänden zu bildender Ausschuß über die Ausstellung.

5. Etwaige Verstöße gegen diese Ausstellungsrichtlinien werden von dem in Ziff. 4 vorgesehenen Ausschuß überprüft.

6. Wird im Ausschuß (Ziff. 4 und 5) keine Einigung erzielt, so wird ein Vertreter des zuständigen Landesinnenministers (Senators) als stimmberechtigt hinzugezogen.

III. Gestaltung der Presseausweise

1. Die Presseausweise werden von den ausstellenden Verbänden einheitlich in Form, Farbe und textlicher Gestaltung gehalten.

Farbe: ein einheitliches Blau

Druck: schwarz

Format: Größe 12,5 × 9, zweiseitig, zweiteilig

Text: lt. Muster

2. Die Presseausweise werden von den Verbänden mit laufenden, im Text eingedruckten Nummern versehen.

3. Der Presseausweis gilt für ein Kalenderjahr. Seine Gültigkeit ist zu Beginn eines jeden Kalenderjahres von dem Verband, der den Ausweis ausgestellt hat, mit Stempel und Unterschrift neu zu bescheinigen. Die Ablehnung der Verlängerung des Gültigkeitsvermerks sowie Einziehung und Ungültigkeitserklärung von Ausweisen sind entsprechend Ziffer II 4 Satz 1 den anderen ausstellungsberechtigten Verbänden mitzuteilen.

4. Der amtliche Passierschein gilt jeweils für ein Kalenderjahr. Der Gültigkeits- bzw. Verlängerungsvermerk ist bei der zuständigen Polizei-(Ordnungs-)Behörde zu beantragen. Der bahnpolizeiliche Passierschein ist nach Vorliegen des amtlichen Passierscheins der zuständigen Bundesbahndirektion zur Bestätigung vorzulegen.

5. Die neuen Presseausweise werden von den Verbänden ab 1. Januar 1964 ausgegeben. Die bisher erteilten Presseausweise verlieren mit der Ausgabe der neuen Ausweise ihre Gültigkeit. Sie sind von den Verbänden einzuziehen und zu vernichten.

6. Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 1964 in Kraft.

Seite 1

**Amtlicher Passierschein
Official Pass/Coupe File**

Die Polizeibeamten werden ersucht, die Aufgaben des Inhabers dieses Ausweises in jeder Weise zu erleichtern, insbesondere ihm bei Absperrungen Durchlaß zu gewähren, sofern dies nicht aus zwingenden Gründen verweigert werden muß.

Stempel

Behörde

| | |
|------|------|
| 1964 | 1967 |
| 1965 | 1968 |
| 1966 | 1969 |

Seite 2

PRESSE- AUSWEIS

Lichtbild

.....
Unterschrift des Inhabers

| | |
|------|------|
| 1964 | 1967 |
| 1965 | 1968 |
| 1966 | 1969 |

Ausgestellt auf Grund einer von den Presseverbänden mit dem Bundesminister des Innern, den Innenministern (Senatoren) der Länder und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn getroffenen Vereinbarung.

Seite 3

| | |
|---|-----------------|
| Vor- und Zuname Name, Christian name Nom et prénom | |
| Geburtsdatum Date of birth Date de naissance | |
| Geburtsort Born at Lieu de naissance | |
| Wohnort Present residence Domicile | |
| Straße (Platz) Nr. Street (Square) No. Rue (place) No. | |
| Staatsangehörigkeit Nationality Nationalité | |
| | |
| Ausstellungsdatum | Verbands-Nummer |
| Verbands-Stempel und Unterschrift des Verbandes | |

Seite 4

**Bahnpolizeilicher Passierschein
Railway-Police Pass/Coupe-File**

Die Beamten der Bahnpolizei werden ersucht, die Aufgaben des Inhabers dieses Ausweises in jeder Weise zu erleichtern, insbesondere ihm bei Absperrungen Durchlaß zu gewähren, sofern dies nicht aus zwingenden Gründen verweigert werden muß.

Stempel

.....
Bundesbahndirektion

Der Presseausweis ist Eigentum des Verbandes und nach Beendigung der journalistischen Tätigkeit un- aufgefördert zurückzugeben. Mißbrauch des Ausweises hat dessen sofortige Einziehung zur Folge. Benutzung des Ausweises auf eigene Gefahr.

368**Verlust einer Dienstmarke „Landeskriminalpolizei“**

Die Dienstmarke Nr. 67 „Landeskriminalpolizei“ ist verlorengegangen. Sie wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III c 4 — 7 d 14

StAnz. 13/1964 S. 441

369

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Hinweis auf Technische Baubestimmungen;

hier: DIN 4033 — Entwässerungskanäle und -leitungen aus vorgefertigten Rohren, Richtlinien für die Ausführung (Ausgabe Mai 1963)

Der Fachnormenausschuß „Wasserwesen“ hat unter Beteiligung der Arbeitsgruppe „Einheitliche Technische Baubestimmungen (ETB)“ des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß (DNA) das Normblatt DIN 4033 — Entwässerungskanäle und -leitungen aus vorgefertigten Rohren, Richtlinien für die Ausführung — als Ausgabe Mai 1963 herausgegeben. Es ersetzt die Ausgabe Mai 1941, die jedoch nicht eingeführt worden ist.

Die Bauaufsichtsbehörden werden auf das o. g. Normblatt hingewiesen.

Das Normblatt wird in das z. Z. in Überarbeitung befindliche Verzeichnis der Hinweise für die Bauaufsicht übernommen.

Abdrucke des Normblattes können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahauss), bezogen werden.

Wiesbaden 27. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/37 — 40/64

StAnz. 13/1964 S. 441

370

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Hinweis auf Technische Baubestimmungen;

hier: DIN 52 612 Bl. 1 — Wärmeschutztechnische Prüfungen — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät — Versuchsdurchführung und Versuchsauswertung — Ausgabe Februar 1963

DIN 52 612 — Bl. 2 Wärmeschutztechnische Prüfungen — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät — Rechenwert der Wärmeleitfähigkeit für die Anwendung im Bauwesen — Ausgabe Februar 1963

Bezug: Erlaß vom 30. Mai 1960 (StAnz. S. 826).

1. Mit Erlaß vom 30. Mai 1960 habe ich die Bauaufsichtsbehörden des Landes Hessen auf die Normblätter DIN 52 612 Bl. 1 und Bl. 2, Ausgabe Juli 1959, hingewiesen.

2. Vom Fachnormenausschuß Materialprüfung unter Mitwirkung des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß ist eine Neufassung der Normblätter

DIN 52 612 — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät Blatt 1 — Versuchsdurchführung und Versuchsauswertung; Blatt 2 — Rechenwert der Wärmeleitfähigkeit für die Anwendung im Bauwesen — Ausgabe Februar 1963 — aufgestellt worden.

Sie ergänzen die Bestimmungen des Normblattes

DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau — (Ausgabe Mai 1960) (eingeführt mit Erlaß vom 8. 3. 1961) und sind u. a. auch in den Normblättern

DIN 1101 — Holzwolle-Leichtbauplatten; Abmessungen, Eigenschaften, Prüfung, Ausgabe Oktober 1960, (eingeführt mit Erlaß vom 22. 5. 1962)

DIN 18164 — Schaumkunststoffe als Dämmstoffe für den Hochbau; Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung, Ausgabe Januar 1963 (eingeführt mit Erlaß vom 5. 12. 1963)

DIN 18165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau; Abmessungen, Eigenschaften und Prüfung, Ausgabe März 1963, (eingeführt mit Erlaß vom 17. 7. 1963) für die Prüfung dieser Dämmstoffe besonders genannt.

Die Bauaufsichtsbehörden des Landes Hessen werden auf die Normblätter DIN 52 612 Bl. 1 und Bl. 2, Ausgabe Februar 1963, hingewiesen.

Mein Erlaß vom 30. 5. 1960 wird hiermit zurückgezogen. Die Ausgaben Juli 1959 der Normblätter DIN 52 612 Bl. 1 und Bl. 2 sind ungültig.

3. Für die Prüfung der Wärmeleitfähigkeit kommen folgende Prüfungsanstalten in Betracht:

1. Institut für Bauforschung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule
51 A a c h e n, Schinkelstraße
2. Bundesanstalt für Materialprüfung
1 B e r l i n 33, Unter den Eichen 86/87
3. Institut für Baustoffkunde und Stahlbetonbau der Technischen Hochschule Braunschweig
Amtliche Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen
33 B r a u n s c h w e i g, Schleinitzstraße
4. Lehrstuhl für Heizungs- u. Trocknungstechnik,
Technische Hochschule Darmstadt
61 D a r m s t a d t, Alexanderstraße
5. Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen
46 D o r t m u n d - A p l e r b e c k, Marsbruchstr. 186
6. Institut für Schall- und Wärmeschutz,
43 E s s e n - S t e e l e, Krekeler Weg 48
7. Baustoffprüfamt der Freien und Hansestadt Hamburg,
2 H a m b u r g, Kampstr. 41
8. Institut für Materialprüfung und Forschung des Bauwesens
Amtliche Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule Hannover
3 H a n n o v e r, Nienburger Str. 3
9. Bayerisches Staatliches Prüfamt für technische Physik bei der Technischen Hochschule München
8 M ü n c h e n, Arcisstr. 2
10. Forschungsheim für Wärmeschutz,
8 M ü n c h e n, Donaust. 46
11. Bayerische Landesgewerbeanstalt, Materialprüfungsamt
Nürnberg
85 N ü r n b e r g, Gewerbemuseumsplatz 2
12. Institut für Technische Physik der Fraunhofergesellschaft
7 S t u t t g a r t - D e g e r l o c h, Königsstraße 70/74

Prüfungszeugnisse über die Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit von Bau- und Dämmstoffen sind nur dann anzuerkennen, wenn der in DIN 52 612 Blatt 2 auf Seite 3 enthaltene Vordruck für die Aufstellung des Prüfungszeugnisses verwendet ist.

4. Schaumkunststoffe auf Polystyrolbasis haben nach bisherigen Untersuchungen einen praktischen Feuchtigkeitsgehalt unter 5 Gew.-%. Bei diesen Stoffen kann daher bei der Ermittlung des Rechenwertes der Wärmeleitfähigkeit mit einem Zuschlag von 10% auf die Wärmeleitfähigkeit im trockenen Zustand gerechnet werden, auch wenn nicht nachgewiesen wurde, daß der Schaumkunststoff „geschlossen-zellig“ ist (vgl. Zeile 10 der Tabelle in DIN 52 612 Blatt 2).

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Die v. g. Normblätter werden in das z. Z. in Überarbeitung befindliche Verzeichnis der Hinweise für die Bauaufsicht aufgenommen.

Abdrucke der Normblätter DIN 52 612 Bl. 1 und Bl. 2, Ausgabe Februar 1963, können durch den Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahauss), bezogen werden.

Wiesbaden, 26. 2. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 a 28/23 — 22/64

StAnz. 13/1964 S. 441

371

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Hinweis auf technische Baubestimmungen;

hier: DIN 19 704 — Berechnungsgrundlagen für Stahlwasserbauten — (Ausgabe Dezember 1963) —
DIN 19 705 — Richtlinien für bauliche Durchbildung von Stahlwasserbauten — (Ausgabe Dezember 1963)

Der Fachnormenausschuß „Wasserwesen“ hat unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Einheitliche Technische Baubestimmungen (ETB) des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß die Normblätter

DIN 19 704 — Berechnungsgrundlagen für Stahlwasserbauten — (Ausgabe Dezember 1963)

DIN 19 705 — Richtlinien für bauliche Durchbildung von Stahlwasserbauten — (Ausgabe Dezember 1963) herausgegeben.

Das Normblatt DIN 19 704 ersetzt die Ausgabe Juni 1958. Das Normblatt DIN 19 705 wurde erstmals aufgestellt.

Die Bauaufsichtsbehörden des Landes Hessen werden auf die o. g. Normblätter hingewiesen.

Gleichzeitig wird auf das Normblatt DIN 19 702 Bezug genommen, das mit Erlaß vom 15. 12. 1961 eingeführt wurde (StAnz. 1962 S. 28).

Die v. g. Normblätter werden in das z. Z. in Überarbeitung befindliche Verzeichnis der Hinweise für die Bauaufsicht aufgenommen.

Abdrucke der Normblätter können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhländstr. 175, oder Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

Wiesbaden, 26. 2. 1964

Der Hessische Minister des Innern

Vb — 64 b 16/21 — 23/64 — 28/64

StAnz. 13/1964 S. 442

372**Der Hessische Minister der Finanzen****Abrechnung von Forderungen nach den §§ 42 und 71e Abs. 3 G 131**

Anbei übersende ich Abschrift eines Rundschreibens des Bundesministers der Finanzen vom 20. 1. 1964 — I B/2 — H 1110 (7) — 43/63 — mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Hinsichtlich der dort genannten Rundschreiben weise ich auf meinen Erlaß vom 20. 4. 1960 (StAnz. S. 583) — zu Nr. 6 Abs. 2 und Nr. 11 — sowie auf den Erlaß vom 25. 2. 1963 (StAnz. S. 348) i. Verb. m. dem Gemeinsamen Runderlaß vom 23. 7. 1962 (StAnz. S. 1102) hin.

Wiesbaden, 26. 2. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen

P 1607 A — 1022 — I 54

P 1607 A — 1266 — I 54

StAnz. 13/1964 S. 442

*

Abschrift

Der Bundesminister der Finanzen

I B/2 — H 1110 (7) — 43/63

Bonn, den 20. Januar 1964

An
die Herren Finanzminister (Finanzsenatoren) der Länder
(ohne Schleswig-Holstein und Berlin)

den Herrn Innenminister des Landes Schleswig-Holstein,
23 Kiel

den Herrn Senator für Inneres, 1 Berlin-Wilmersdorf
nachrichtlich: den Vertretungen der Länder beim Bund

Betr.: Abrechnung von Forderungen nach den §§ 42 und
71 e Abs. 3 G 131;

hier: Frühere Angehörige des auswärtigen Dienstes

Bezug: Meine Rundschreiben 1. vom 9. März 1960 — I
B/8 — H 1110 — 31/60 — (MinBIFin S. 148)
2. vom 1. Februar 1963 — I B/2 — H 1110 (7) —
5/63 —

Im Anschluß an die Anordnung über die Übertragung von Befugnissen des Auswärtigen Amtes als oberster Dienstbehörde nach § 60 G 131 vom 5. Oktober 1961 (MinBIFin S. 1167), durch die die Oberfinanzdirektionen (einschließlich Landesfinanzamt Berlin) als Pensionsfestsetzungs- und -regelungsbehörden für die unter Kapitel I G 131 fallenden Angehörigen des früheren auswärtigen Dienstes bestimmt sind, ermächtige ich im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt die Oberfinanzdirektion Düsseldorf, Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, Anforderungen des neuen Dienstherrn nach § 42 Abs. 1 und § 71e Abs. 3 G 131 für den in Nr. 6 Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. d der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 42 G 131

bezeichneten Personenkreis (frühere Angehörige des auswärtigen Dienstes) entgegenzunehmen und abzurechnen. Die Erstattungsanforderungen nach § 42 Abs. 1 und § 71e Abs. 3 G 131 für Angehörige des früheren auswärtigen Dienstes bitte ich an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf, Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung, unmittelbar zu richten. Eine Ergänzung der VV Nr. 6 Abs. 2 Ziffer 1 Buchst. d zu § 42 G 131 bleibt vorbehalten.

Zur Anforderung der Anteile nach § 42 Abs. 2 G 131 (Nr. 11 der VV zu § 42 G 131) für den in Nr. 6 Abs. 2 Ziff. 1 Buchst. d der VV zu § 42 G 131 bezeichneten Personenkreis (frühere Angehörige des auswärtigen Dienstes) ermächtige ich alle Oberfinanzdirektionen und das Landesfinanzamt Berlin. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach Abs. 2 meines Rundschreibens vom 5. Oktober 1961 — I B/2 — P 1604 — 93/61 II. Ang. — (MinBIFin S. 1167).

Der Herr Bundesminister des Innern hat dieser Regelung zugestimmt.

Meine Rundschreiben vom 9. März 1960 — I B/8 — H 1110 — 31/60 — (MinBIFin S. 148) und vom 1. Februar 1963 — I B/2 — H 1110 (7) — 5/63 — bleiben hiervon unberührt.

Die Ermächtigung wird im Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen und im Gemeinsamen Ministerialblatt bekanntgegeben.

Im Auftrag
Plog

373**Verlegung des Staatsbauamtes Gießen-Stadt**

Das Staatsbauamt Gießen-Stadt hat neue Diensträume in Gießen, Gutenbergstraße 6, bezogen.

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen

O 4514 B — 150 — I/32

StAnz. 13/1964 S. 442

374**Fernsprechananschluß des Staatsbauamtes Bad Wildungen**

Dem Staatsbauamt Bad Wildungen ist durch die Deutsche Bundespost die Rufnummer 22 71 neu zugeteilt worden.

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen

O 6010 A — 8 — I/32

StAnz. 13/1964 S. 442

375

Der Hessische Kultusminister

Abgabe von Freistücken von Druckwerken an die Hessischen Landesbibliotheken

Ich habe Veranlassung, auf die Beachtung der Verordnung über die Abgabe von Freistücken zur Ausführung des § 9 des Hessischen Gesetzes über Freiheit und Recht der Presse vom 10. 12. 1949 (GVBl. 1950 S. 15) in der Fassung der Verordnungen vom 18. 6. 1950 (GVBl. 1950 S. 116) und 24. 4. 1960 (GVBl. 1960 S. 67) aufmerksam zu machen. Danach hat jeder Verleger, Selbstverleger oder Herausgeber eines Druckwerkes der für seinen Bezirk zuständigen Landesbibliothek bzw. im Stadtkreis Frankfurt am Main der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, ein Freistück von jedem Druckwerk unentgeltlich abzuliefern, das innerhalb des Landes Hessen erscheint.

Die Einzelheiten bitte ich der genannten Verordnung zu entnehmen.

Wiesbaden, 12. 3. 1964

Der Hessische Kultusminister
H 2 — 451/10 — 5
StAnz. 13/1964 S. 443

376

Errichtung einer staatlichen Höheren Wirtschaftsfachschule

Mit Wirkung vom 1. 4. 1964 wird eine staatliche Höhere Wirtschaftsfachschule in Kassel errichtet. Der Unterricht wird am 1. 10. 1964 aufgenommen.

Wiesbaden, 13. 3. 1964

Der Hessische Kultusminister
S 5 — 813/114 — 4
StAnz. 13/1964 S. 443

377

Teilung der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld in Bad Hersfeld**Umpfarrungs- und Errichtungsurkunde**

Gemäß § 2 Abs. 2 und unter Hinweis auf § 107 Ziffer 4 der Verfassung der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Cassel vom 1. Juni 1924 sowie auf Grund des § 2 Abs. 1 und § 21 des Kirchengesetzes betr. die Leitung und Verwaltung der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck vom 27. 9. 1945 / 4. 12. 1947 — KA. 1948 S. 16 — hat der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck nach Anhörung der Beteiligten folgendes festgesetzt:

§ 1

Die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Hersfeld in Bad Hersfeld wird in vier Kirchengemeinden geteilt, die die Namen

- Evangelische Kirchengemeinde der Stadtkirche zu Bad Hersfeld,
 - Evangelische Kirchengemeinde der Auferstehungskirche zu Bad Hersfeld,
 - Evangelische Kirchengemeinde der Matthäuskirche zu Bad Hersfeld,
 - Evangelische Kirchengemeinde der Eichhofkirche zu Bad Hersfeld
- führen.

§ 2

Die Gebiete der vier Kirchengemeinden grenzen sich wie folgt voneinander ab:

- Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Stadtkirche gehören die Wohngebiete der Stadt Bad Hersfeld, soweit sie nicht nach Ziffer 2 bis 4 von dem Stadtkern abgetrennt sind.
- Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Auferstehungskirche gehört das Stadtgebiet östlich der Fulda.
- Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Matthäuskirche gehören der „Alte Kirchweg“ — ohne das Jugendheim auf dem Frauenberg —, alle Straßenzüge westlich der Wehnebergerstraße — ohne die Wehnebergerstraße selbst — und die Orte Heenes und Allmershausen.
- Zur Evangelischen Kirchengemeinde der Eichhofkirche gehören die Siedlung Eichhof mit dem Gut Eichhof und die Alsfelder Straße.

§ 3

Zum Zwecke der in § 1 beschriebenen Gemeindeteilung wird folgende Regelung getroffen:

- Die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld, die in dem in § 2 Ziffer 1 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld ausgepfarrt. Aus ihnen wird die „Evangelische Kirchengemeinde der Stadtkirche zu Bad Hersfeld“ neu gebildet.
- Die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld, die in dem in § 2 Ziffer 2 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld ausgepfarrt. Aus ihnen wird die „Evangelische Kirchengemeinde der Auferstehungskirche zu Bad Hersfeld“ neu gebildet.
- Die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld, die in dem in § 2 Ziffer 3 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld ausgepfarrt. Aus ihnen wird die „Evangelische Kirchengemeinde der Matthäuskirche zu Bad Hersfeld“ neu gebildet.
- Die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld, die in dem in § 2 Ziffer 4 bezeichneten Gebiet wohnen, werden aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld ausgepfarrt. Aus ihnen wird die „Evangelische Kirchengemeinde der Eichhofkirche zu Bad Hersfeld“ neu gebildet.

§ 4

Die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Hersfeld wird mit der Maßgabe aufgehoben, daß die in § 1 genannten und in § 2 näher beschriebenen vier Kirchengemeinden die Rechtsnachfolger der bisherigen Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld sind. Über das Vermögen der bisherigen Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld findet eine Auseinandersetzung statt.

§ 5

Die 7 Pfarrstellen der bisherigen Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld werden in folgender Weise auf die neuen Kirchengemeinden übertragen:

- Die bisherigen Pfarrstellen 1—5 werden der Evangelischen Kirchengemeinde der Stadtkirche zu Bad Hersfeld als Pfarrstellen 1—5 zugeteilt.
- Die bisherige 6. Pfarrstelle wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Auferstehungskirche zu Bad Hersfeld zugeteilt.
- Die bisherige 7. Pfarrstelle wird der Evangelischen Kirchengemeinde der Matthäuskirche zu Bad Hersfeld zugeteilt.

Die Evangelische Kirchengemeinde der Eichhofkirche zu Bad Hersfeld wird mit der Evangelischen Kirchengemeinde der Stadtkirche zu Bad Hersfeld pfarramtlich verbunden.

§ 6

Die durch die Urkunde vom 10. Februar 1960 — KA. 1960 S. 1 — in der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld errichtete Hilfspfarrstelle wird auf die Evangelische Kirchengemeinde der Stadtkirche zu Bad Hersfeld übertragen.

§ 7

Der Bekenntnisstand der gemäß § 1 errichteten Kirchengemeinden bleibt der gleiche wie der Bekenntnisstand der bisherigen Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Hersfeld.

§ 8

Diese Urkunde tritt am 1. März 1964 in Kraft.
Kassel, den 21. Februar 1964

*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.
Wiesbaden, 11. 3. 1964

Der Hessische Kultusminister
M 3 — 881/11 — 71
StAnz. 13/1964 S. 443

378

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 4 949 393

Monat: Februar
2. 2. 64 — 29. 2. 64

(Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)

| Reg.-Bezirk | E = Erkrankungsfall T = Todesfall | Enteritis infectiosa | | Übertragbare Gehirnentzündung | Übertr. Kinderlähmung | | Ornithose | Ruhr | | Typhus abdominalis | Diphtherie | Scharlach | Brucellose | | | Übertr. Hirnhautentzündung | | | Hepatitis infectiosa | Leptospirose | | | Verletzung durch tollwutkranken oder -verdächtigen Tiere*) | Toxoplasmose | Malaria | Mikrosporidie | Tetanus | Lepra | Todesfall an | | | | | |
|-----------------------|--------------------------------------|----------------------|---------------|-------------------------------|-----------------------|-------------------|-----------|------------|---------------|--------------------|------------|-----------|--------------------|------------------|------------|----------------------------|---------------------|---------------|----------------------|---------------|------------|---------------|--|--------------|---------|---------------|---------|--------|---------------------|------------|-----------------|---------------|---------------------|-------------|
| | | Salmonellose | übrige Formen | | in- gesamt | davon paralytisch | | Pollakrose | übrige Formen | | | | Paratyphus A und B | Bakterielle Ruhr | Amöbenruhr | Brucella abortus | Brucella melitensis | Brucella suis | | Meningokokken | Meningitis | übrige Formen | | | | | | | Wellische Krankheit | Feldfieber | Canicola fieber | übrige Formen | Grippe (Virugrippe) | Keuchhusten |
| Reg.-Bezirk DARMSTADT | E T | 1 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | 1 — | 1 — | — — | 105 — | — — | — — | — — | 6 — | 8 1 | 39 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | |
| Reg.-Bezirk KASSEL | E T | 1 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | 4 — | — — | 72 — | — — | — — | — — | 2 — | 2 — | 43 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | |
| Reg.-Bezirk WIESBADEN | E T | 2 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | 1 — | 19 — | 3 — | 1 — | 131 — | — — | — — | 8 — | 6 — | 29 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | |
| Land HESSEN | E T | 4 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | 1 — | 20 — | 8 — | 1 — | 308 — | — — | — — | 16 — | 16 1 | 111 — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — | — — |

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 11. 3. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— VI e — 18 d 02 —
StAnz. 13/1964 S. 444

379

Einziehung von Geflügelpest-(Newcastle-)Impfstoff

Nachprüfungen haben ergeben, daß der Geflügelpest-Adsorbat-Impfstoff mit der Kontrollnummer
A L D 210 (A L D zweihundertzehn)

von der Firma VEMIE, Kempen/Ndrh.

nicht mehr den Vorschriften über Keimfreiheit, Ungiftigkeit und Freiheit von aktivem Newcastle-Virus gemäß den staatlichen Prüfungsbestimmungen entspricht.

Der Impfstoff wird daher zum Einzug bestimmt.

Wiesbaden, 25. 2. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

VI/i — 18i 02 07

StAnz. 13/1964 S. 444

380

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Polizeioberkommissar Polizeikommissar (BaL) Heinrich Hainer, EdL Darmstadt (30. 11. 63);

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Polizeihauptkommissar Polizeioberkommissar (BaL) Karl Lauth, PK Wolfhagen (1. 1. 64);

zum Kriminalhauptkommissar Kriminaloberkommissar (BaL) Franz Weckwerth, KK Fulda (30. 1. 64);

zum Polizeikommissar Polizeihauptwachmeister (BaL) Joachim Deppe, PK Hünfeld (31. 1. 64);

in den Ruhestand getreten

Polizeihauptkommissar (BaL) Erich Rose, PK Kassel (31. 10. 1963);

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeihauptkommissar die Polizeioberkommissare (BaL) Willy Hesse, EdL Wiesbaden (18. 10. 63), Wolfgang Schölzel, EdL Wiesbaden (29. 1. 64), Heinrich Wasmuth, PK Bad Schwalbach (31. 1. 64), Polizeikommissar (BaL) Josef Bochen, PK Biedenkopf (22. 11. 63);

zum Polizeioberkommissar Polizeikommissar (BaL) Gerhard Heimann, EdL Wiesbaden (29. 1. 64);

e) Bereitschaftspolizei

ernannt

zum Polizeiobererrat Polizeirat (BaL) Hans Fendrich (30. 10. 1963);

zum Polizeirat die Polizeihauptkommissare (BaL) Karl-Heinz Gerke (30. 10. 63), Josef Vorbeck (30. 10. 63);

zum Polizeihauptkommissar die Polizeioberkommissare (BaL) Horst Silhavy (31. 10. 63), Karl Cron (30. 1. 64);

zum Polizeioberkommissar die Polizeikommissare (BaL) Heinrich Riebel (21. 10. 63), Gerhard Hahn (31. 10. 63); zum Polizeihauptmeister Polizeiobermeister (BaL) Herbert Schikowski (12. 12. 63);

zum Polizeiobermeister Polizeimeister (BaL) Joachim Kerstan (1. 1. 64);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Horst Kreppel (19. 12. 63), Adam Schneider (20. 1. 64), Gottfried Schenkelberger (24. 1. 64), Klaus Käding (27. 1. 1964);

zum Polizeioberwachtmeister die Polizeiwachtmeister (BaP) Manfred Galow (26. 11. 63), Karl Kaufmann (26. 11. 63), Walter Kullmann (26. 11. 63), Hans Jürgen Rabenstein (26. 11. 63), Rolf Rapp (26. 11. 63), Rainer Schmid (26. 11. 63), Rolf Dippel (27. 11. 63), Friedrich Gibisch (27. 11. 63), Siegfried Gamperl (28. 11. 63), Horst Krieger (29. 11. 63), Wolfgang Schaef (29. 11. 63), Detlef Jezierski (13. 12. 63), Helmut Kreiß (13. 12. 63), Otto Moritz (13. 12. 63), Karl-Heinz-Schmidt (13. 12. 63), Horst Sperzel (13. 12. 63), Günther Ziegler (18. 12. 63), Gerhard Biesemeier (19. 12. 63), Heinrich Dierkes (19. 12. 63), Waldemar Krosta (19. 12. 63), Heinz-Helmut Lück (19. 12. 63), Wilfried Panteleit (19. 12. 63), Udo Sauer (19. 12. 63), Georg-Wilhelm Schmidt (19. 12. 1963), Wolfgang Stanzel (19. 12. 63), Gerhard Decher (23. 12. 1963), Günter Bock (24. 1. 64), Heinz Breiffelder (24. 1. 64), Werner Grund (24. 1. 64), Jürgen Herold (24. 1. 64), Horst Hieronymus (24. 1. 64), Manfred Jakob (24. 1. 64), Lothar Krug (24. 1. 64);

zum Polizeioberwachtmeister (BaP) Hermann Josef Rindsfüßer (14. 11. 63), Rüdiger Seiler (2. 1. 64);

zum Polizeiwachtmeister (BaP) Jürgen Abel, Armin Arnold, Fredy Bausch, Dieter Becker, Jürgen Bender, Roland Berni, Hans Biebel, Kurt Bisans, Bode Bördner, Klaus-Peter Brandis, Hermann Bruder, Wolfgang Buggenhagen, Hans Georg Dreidoppel, Günter Eschenauer, Manfred Fabiunke, Horst Friedrich, Ewald Fritz, Walter Goltsche, Günter Gottheis, Günter Gradl, Hartmut Hanke, Frank-Peter Heigl, Frank Herwig, Jürgen Heß, Wolfgang Hippler, Klaus Hofmann, Hans-Josef Horberth, Günther Hümer, Wolfgang Huhn, Günther Jänsch, Ernst August Joeres, Manfred Jung, Michael Kaffenberger, Rolf Kalte, Fokke Kappelhoff, Dieter Kerl, Peter Ketter, Friedhelm Kettrukat, Reinhard Kniffka, Jürgen Koller, Gunter Kudielka, Reinhard Künzl, Günter Kunze, Georg-Wulf Linder, Günter Löser, Norbert Lück, Jürgen Martin, Lothar Merten, Dieter Mönninger, Manfred Ollik, Hermann Orazem, Peter Pfeiffer, Klaus Philipp, Erich Rinne, Udo-Frank Skischus, Paul Sloykowski, Wolfgang Schauer, Ulrich Schleifer, Olaf-Peter Schütt, Norbert Schuh, Gerd Schulz, Edwin Stemcke, Walter Stoll, Karl-Heinz Storch, Klaus-Jürgen Streiberger, Dietrich Stuhl, Hans-Joachim Teschke, Werner Trautmann, Werner Vollmer, Uwe Weise, Wolfgang Wicke, Günter Wunsch, Rolf-Dieter Wüst, Eduard Zuckrigl, Arnold Körner (sämtlich 21. 8. 63), Karl Heinrich Hammer (24. 9. 63), Dietfried Heinisch (1. 10. 63), Hans Rüdiger Glötzer (3. 10. 1963), Klaus Dieter Gräf (3. 10. 63), Volker Amthor, Volker Anis, Helmut Appel, Günter Balsam, Rolf-Dieter Bansemer, Wolfgang Beermann, Hans Bergmüller, Gerhard Beutel, Wilhelm-Dieter Bürgers, Dieter Böttcher, Dieter Brust, Klaus-Jürgen Büttner, Dieter Clasen, Hubert Delp, Detlef Dietrich, Erwin Dittmeier, Hans-Jürgen Döring, Friedemann Engel, Frank Fallner, Dietmar Feldmann, Helmut Förster, Joachim Friedrich, Paul Dieter Füllung, Manfred Glowalla, Hans-Werner Hauswirth, Volker Hanatschek, Rainer Herbert, Paul Hoffmann, Rüdiger Hofmann, Hans-Werner Hofmann, Horst Holuschek, Klaus-Dieter Jacobs, Wolfgang Jung, Arno Käding, Theodor Klick, Eberhard Knapp, Hugo Kochanski, Ralf Kossak, Alois Kremer, Günter Kretz, Wilfried Kripp, Stefan Kroth, Egon Kunz, Horst Meininger, Horst Möller, Reinhold Müller, Rolf-Dieter Müller, Volker Münch, Beowulf Munzig, Willi Dieter Nebel, Günter Nehls, Joseph Nestmann, Manfred Olk, Arno Opper, Erich Riedel, Wolfgang Rode, Peter Rudolf, Dieter Siebel, Paul Soltz, Günter Sontowski, Günter Sperling, Ernst Schäfer, Wolfgang Schärpf, Rüdiger Schepp, Bernhard Schick, Norbert Schlicht, Hans-Jürgen Schmidt, Klemens Schmidt, Jürgen Schöhr, Peter Schößler, Karl Peter Scholl, Lothar Schneider, Theo Schneider, Helmut Schnitzerling, Gerhard Schuck, Helmut Schulz, Horst Stangenberg, Karl-Heinz Streckebach, Werner Stritzke, Peter Stützer, Rein-

hard Teubner, Klaus Dieter Thiemann, Günter Türk, Erich Vater, Werner Vatter, Robert Vogel, Karl-Heinz Wacker, Peter Wien, Norbert Will, Wolfgang Zeider, Wilmar Gilfert (sämtlich 12. 10. 63), Franz Wolfgang Langheim (15. 10. 1963), Hans Koch, Ludwig Löffler, Michael Luksch, Klaus Martin, Manfred Mauritz, Bernd Meyer, Klaus Morche, Helmut Müller, Horst Müller, Rainer Müller, Rüdiger Ostmann, Bernhard Pelzer, Hans-Georg Pfaff, Günter Poth, Friedrich Quandt, Heinz Roll, Willi Ruppert, Eberhard Schildknecht, Dieter Schmalz, Heini Schmidt, Uwe Schmidtchen, Dieter Schneider, Walter Schneider, Adolf Schneller, Horst-Detlev Schulz, Werner Schuma, Jürgen Süßmuth, Jochem Stoll, Peter Thümmeler, Gunter Viererbe, Hans Wagner, Heinz Warg, Egon Wilhelm, Hermann Zell, Volker Zimmer, Gottfried Zollmann, Ulf Markert, Heinz Mayer, Fritz Mecklenburg, Dieter Schmitt (sämtlich 21. 10. 63), Norbert Kremer (22. 10. 63), Albert Emler (22. 10. 63), Karl Ansel, Josef Binder, Fritz-Peter Borchardt, Hermann Boudemont, Udo Brost, Wolfgang Carl, Alfred Cerny, Egbert Diehl, Kurt Drewitz, Günter Eikenboom, Dieter Erhard, Manfred Faber, Franz Felbinger, Karl-Heinz Fischer, Gerhard Freitag, Klaus Dieter Fricke, Rolf Gleichmann, Jürgen Gödde, Wolfgang Götz, Herbert Grenzebach, Hermann Gronwald, Manfred Halberschmidt, Hartwig Hase, Karlheinz Hau, Bernd-Rüdiger Heinatschel, Walter Heitzweibel, Winfried Hess, Eckhart Hornsteiner, Armin Hüskens, Eberhard Huber, Urban Jüllig, Günter Klein-Alstädte, Manfred Kraut, Eugen Kreß, Wilhelm Langendorf, Franz Lauer, Rasmus Lenkat, Gert-Jürgen Lindenblatt (sämtlich 24. 10. 63), Wilhelm Braun (25. 10. 63), Reinhold Fisches (26. 10. 63), Günther Reiner (2. 1. 64), Otto Götz (6. 1. 64);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeikommissar (BaP) Hieronym Stokowski (2. 10. 63); die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Gerhard Pauly (18. 10. 1963), Manfred Zwergel (18. 10. 63), Klaus Käding (22. 10. 1963), Hans Pieter Kühn (22. 10. 63), Karl Sauerborn (22. 10. 1963), Adam Schneider (6. 11. 63), Horst Breunig (16. 11. 63), Dieter Appel (18. 11. 63), Harald Bohne (29. 11. 63), Gottfried Schenkelberger (29. 11. 63), Dieter Klausen (12. 12. 63), Alfred Kaufhold (20. 12. 63);

entlassen

die Polizeiwachtmeister (BaP) Frank-Peter Heigl (30. 9. 63), Dieter Kerl (30. 9. 63), Hermann Orazem (30. 9. 63), Friedrich Skodzik (4. 10. 63), Siegfried Dregelies (15. 10. 63), Klaus-Peter Herzer (15. 10. 63), Ernst-August Joeres (15. 10. 63), Christian König (15. 10. 63), Peter Kraz (15. 10. 1963), Manfred Krug (15. 10. 63), Karl-Heinz Ritting 15. 10. 63), Karl-Heinz Trinkaus (15. 10. 63), Ernst Blaurock (31. 10. 63), Horst Dörr (31. 10. 63), Helmut Kircher (31. 10. 63), Arno Körner (31. 10. 63), Dieter Müller (31. 10. 1963), Ulrich Schleifer (31. 10. 63), Dieter Zöllner (31. 10. 63), Walter Busch (30. 11. 63), Karl-Heinrich Hammer (30. 11. 1963), Klaus-Jürgen Hunold (30. 11. 63), Rudolf Krätschmer (30. 11. 63), Dieter Kraus (30. 11. 63), Jürgen Martin (30. 11. 1963), Robert Müller (30. 11. 63), Udo Schäfer (30. 11. 63), Paul Sloykowski (30. 11. 63), Johann Szabo (30. 11. 63), Richard Tadday (30. 11. 63), Hans Voll (30. 11. 63), Manfred Walther (30. 11. 63), Rolf Aue (31. 12. 63), Wolfgang Beermann (31. 12. 63), Wilhelm-Dieter Börgers (31. 12. 63), Gerhard Brandau (31. 12. 63), Dieter Brust (31. 12. 63), Hans-Erich Dietz (31. 12. 63), Erwin Dittmeier (31. 12. 63), Hans-Jürgen Döring (31. 12. 63), Karl-Hans Engraf (31. 12. 63), Helmut Förster (31. 12. 63), Dieter Füllung (31. 12. 63), Jürgen Gödde (31. 12. 63), Hartmut Heine (31. 12. 63), Rainer Hilgardt (31. 12. 63), Erhard Huber (31. 12. 63), Uwe Jäger (31. 12. 63), Eberhard Knapp (31. 12. 63), Klaus Knauer (31. 12. 63), Edwin Meisner (31. 12. 63), Dieter Müller (31. 12. 63), Reinhold Müller (31. 12. 63), Horst Stangenberg (31. 12. 63), Klaus Dieter Thiemann (31. 12. 63), Helmut Wachtel (31. 12. 63), Peter Wien (31. 12. 63), Rainer Jordan (6. 1. 64), Bernd Glöckler (31. 1. 64), Werner Krämer (31. 1. 1964), Manfred Sperrer (31. 1. 64);

Polizeischule

ernannt

zum Polizeihauptkommissar Polizeioberkommissar (BaL) Erwin Fandre (19. 2. 64);

zum Polizeifachschuloberlehrer Lehrer (BaL) Karl-Heinz Möller (29. 11. 63);

zum Polizeiobermeister Polizeimeister (BaL) Walter Ratsdorf (29. 11. 63);

zum Polizeimeister Polizeihauptwachtmeister (BaL) Heinz Becker (24. 1. 64);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Klaus Meyer (16. 10. 1963), Hermann Pein (5. 11. 63), Albrecht Borger (19. 12. 1963), Josef Wolf (19. 12. 63);

in den Ruhestand getreten
Polizeihauptkommissar (BaL) Heinz Hennig (31. 12. 63);

Landeskriminalamt

ernannt

zum Kriminalkommissar Polizeihauptwachtmeister (BaL) Georg-Heinz Hilpert (28. 1. 64);

zum Kriminalhauptmeister die Kriminalobermeister (BaL) Jakob Ebert (28. 1. 64), Robert Gabel (28. 1. 64), Heinrich Rahn (28. 1. 64), Karl Künstler (31. 1. 64);

zum Kriminalobermeister die Kriminalmeister (BaL) Arthur Kobabe (23. 12. 63), Johannes Fiebig (28. 1. 64), Hellmuth Fleischmann (30. 1. 64), Meinhard Reimann (30. 1. 64);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Gewerberat (BaP) Dr. Gerhard Damm (11. 10. 63), Kriminalkommissar (BaP) Egon Reitz (28. 11. 63);

in den Ruhestand getreten
Kriminalobermeister (BaL) Robert Rebstock (31. 12. 63);

Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum Polizeimeister Polizeihauptwachtmeister (BaL) Heinrich Ritter (19. 11. 63);

zum Polizeihauptwachtmeister Polizeioberwachtmeister (BaP) Hans-Jürgen Junker (29. 11. 63);

in den Ruhestand getreten
Polizeihauptwachtmeister (BaL) Albert Daum (31. 12. 63);

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt

zum Polizeibezirkskommissar Polizeihauptkommissar (BaL) Franz Gerold (24. 1. 64);

zum Polizeiobermeister Polizeimeister (BaL) Erhard Niedenthal (31. 12. 63);

zum Polizeihauptwachtmeister Polizeioberwachtmeister (BaP) Eckhard Müller (30. 11. 63), Polizeiwachtmeister (BaP) Rainer Donsbach (30. 11. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Jürgen Boy (15. 10. 63), Rudolf Linhart (15. 10. 63), Gerd Nölker (15. 10. 63);

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor (BaL) Theodor Weber (29. 1. 64), Regierungsinpektor (BaL) Erhard Graichen (11. 11. 63);

zum Regierungshauptsekretär die Regierungsobersekretäre (BaL) Karl Hendler (24. 1. 64), Pius Potens (24. 1. 64).

Wiesbaden, 9. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III c 4 — 8 b 06

StAnz. 13/1964 S. 444

g) Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt

ernannt

zum Regierungsinspektor apl. Regierungsinpektor (BaP) Hans Wolf (4. 3. 1964).

Darmstadt, 4. 3. 1964

Hessische Brandversicherungskammer
2b — 24/I/2

StAnz. 13/1964 S. 446

381 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Festsetzung des Ortslohnes

Auf Grund des §§ 149 ff RVO in Verbindung mit Artikel IV § 1 des Sechsten Renten Anpassungsgesetzes vom 21. Dezember 1963 — BGBl. S. 1008 folgende — und dem Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der früheren Oberversicherungsämter vom 2. 6. 1954 — GVBl. S. 102 — wird der Ortslohn für den Regierungsbezirk Darmstadt wie folgt festgesetzt:

| Geltungsbereich | Der Ortslohn gewöhnlicher Tagearbeiter beträgt für | | | | | |
|----------------------|--|--------------|--------------------------------|--------------|-----------------------------|--------------|
| | Versicherte üb. 21 Jahre | | Versicherte v. 16-21 Jahren | | Versicherte u. 16 Jahren | |
| | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM |
| Stadt Darmstadt | | | | | | |
| Stadt Gießen | 16,80 | 15,90 | 14,70 | 13,80 | 10,80 | 10,20 |
| Stadt Offenbach | | | | | | |
| Landkreis Alsfeld | | | | | | |
| Landkreis Bergstraße | | | | | | |
| Landkreis Büdingen | | | | | | |
| Landkreis Darmstadt | | | | | | |
| Landkreis Dieburg | | | | | | |
| Landkreis Erbach | 15,90 | 15,— | 13,80 | 12,90 | 10,20 | 9,60 |
| Landkreis Friedberg | | | | | | |
| Landkreis Gießen | | | | | | |
| Landkreis Groß-Gerau | | | | | | |
| Landkreis Lauterbach | | | | | | |
| Landkreis Offenbach | | | | | | |

Diese Neufestsetzung gilt für den Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung mit Wirkung vom 1. Januar 1964 an. Für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung gilt sie mit Wirkung vom 1. April 1964 an.

Die bisher für den Regierungsbezirk Darmstadt gültige Festsetzung vom 6. März 1961 (StAnz. S. 340) tritt für die ge-

setzliche Unfallversicherung mit dem 31. 12. 1963, für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung mit dem 31. 3. 1964 außer Kraft.

Darmstadt, 13. 3. 1964

Der Regierungspräsident
I/1a — 54 b 02.15

StAnz. 13/1964 S. 446

382 KASSEL

Festsetzung der Ortslöhne

Auf Grund der §§ 149 ff der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit Art. IV § 1 des Sechsten Renten Anpassungsgesetzes vom 21. Dezember 1963 (BGBl. I S. 1008 ff) und dem Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der früheren Oberversicherungsämter vom 2. Juni 1954 (GVBl. S. 102) werden die Ortslöhne für den Regierungsbezirk Kassel wie folgt festgesetzt:

| Geltungsbereich | Festsetzung für Personen | | | | | |
|--|--------------------------|--------------|-----------------|--------------|--------------|--------------|
| | üb. 21 Jahre | | v. 16-21 Jahren | | u. 16 Jahren | |
| | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM |
| I | | | | | | |
| Kassel-Stadt | 16,80 | 15,90 | 14,70 | 13,80 | 10,80 | 10,20 |
| II | | | | | | |
| Fulda-Stadt | | | | | | |
| Marburg-Stadt | | | | | | |
| und sämtl. Landkreise des Reg.-Bezirks Kassel | 15,90 | 15,— | 13,80 | 12,90 | 10,20 | 9,60 |

Diese Neufestsetzung gilt für den Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung mit Wirkung vom 1. Januar 1964 an. Für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung gilt sie mit Wirkung vom 1. April 1964 an. Meine bisher gültige Festsetzung vom 3. 3. 1961 (StAnz. S. 340) erlischt für die gesetzliche Unfallversicherung mit dem 31. Dezember 1963, für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung mit dem 31. März 1964.

Kassel, 16. 3. 1964

Der Regierungspräsident
I/1 Az.: 54 — 31 a

StAnz. 13/1964 S. 446

383 WIESBADEN

Festsetzung des Ortslohnes

Auf Grund der §§ 149 ff Reichsversicherungsordnung (RVO) in Verbindung mit Art. IV § 1 des Sechsten Renten Anpassungsgesetzes vom 21. Dezember 1963 — BGBl. I Nr. 68 vom 31. Dezember 1963 S. 1008 ff — und dem Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der früheren Oberversicherungsämter vom 2. Juni 1954 (GVBl. S. 102) wird der Ortslohn für den Regierungsbezirk Wiesbaden wie folgt festgesetzt:

| Für den Versicherungsamts- bezirk | Festsetzung für Personen | | | | | |
|---|-----------------------------|--------------|--------------------------------|--------------|-----------------------------|--------------|
| | Versicherte üb. 21 Jahre | | Versicherte v. 16-21 Jahren | | Versicherte u. 16 Jahren | |
| | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM | männl. DM | weibl. DM |
| Frankfurt (Main) | | | | | | |
| Wiesbaden | 16,80 | 15,90 | 14,70 | 13,80 | 10,80 | 10,20 |
| Hanau — Stadt | | | | | | |

II

| | | | | | | |
|-----------------------|-------|------|-------|-------|-------|------|
| Landkreis Biedenkopf | | | | | | |
| Dillkreis | | | | | | |
| Landkreis Gelnhausen | | | | | | |
| Landkreis Hanau | | | | | | |
| Landkreis Limburg | | | | | | |
| Main-Taunus-Kreis | | | | | | |
| Oberlahnkreis | 15,90 | 15,— | 13,80 | 12,90 | 10,20 | 9,60 |
| Obertaunuskreis | | | | | | |
| Rheingaukreis | | | | | | |
| Landkreis Schlüchtern | | | | | | |
| Untertaunuskreis | | | | | | |
| Landkreis Usingen | | | | | | |
| Landkreis Wetzlar | | | | | | |

Die Neufestsetzung gilt für den Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung mit Wirkung vom 1. Januar 1964. Für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung gilt sie mit Wirkung vom 1. April 1964 an.

Die bisher für den Regierungsbezirk Wiesbaden gültige Festsetzung vom 3. März 1961 (StAnz. S. 341) erlischt für die gesetzliche Unfallversicherung mit dem 31. Dezember 1963, für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung mit dem 31. März 1964.

Wiesbaden, 13. 3. 1964

Der Regierungspräsident
I/1c — 54 f — 9/64
StAnz. 13/1964 S. 447

384

Anordnung

über den Gemeingebrauch an der Krombachtalsperre im Dillkreis

Auf Grund des § 27 (4) des Hessischen Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69) lasse ich als Gemeingebrauch an der Krombachtalsperre im Dillkreis das Baden und Befahren mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft im Rahmen der folgenden Bestimmungen zu:

1. Diese Regelung gilt für den im Lande Hessen liegenden Teil der Talsperre.
2. Das Baden in der Talsperre ist nur innerhalb des abgegrenzten bzw. gekennzeichneten Badeplatzes statthaft.
3. Die Talsperre darf unter den folgenden Beschränkungen mit Paddel-, Falt-, Ruder- und Segelbooten befahren werden:
 - a) Die Boote dürfen nur an dem abgegrenzten bzw. gekennzeichneten Badestrand (vgl. Nr. 2) eingesetzt und müssen von den übrigen Uferstrecken und den Stauanlagen mindestens 50 m entfernt gehalten werden.
 - b) Motore jeder Art zum Antrieb der Boote sind verboten.
 - c) Die gewerbliche Bootvermietung ist untersagt.
 - d) Die durch Bojen, Ketten oder in sonstiger Weise abgesperrten bzw. durch Hinweisschilder gekennzeichneten Teile der Talsperre dürfen nicht befahren werden.
 - e) Die Inhaber der Boote sind verpflichtet, vor dem ersten Einsatz von Booten bei der vom Landrat des Dillkreises zu bestellenden Aufsichtspersonal eine Ausweiskarte mit Gültigkeit für das laufende Kalenderjahr zu lösen.
 - f) Der Landrat des Dillkreises setzt jedes Jahr den Beginn und die Beendigung des Zeitraumes fest, innerhalb dessen das Befahren der Talsperre zulässig ist.
4. Die für den Sperrbetrieb, den Rettungsdienst und die Fischerei notwendigen Boote sind von den Einschränkungen zu Nr. 3 ausgenommen.

5. Das Baden und Bootfahren erfolgt auf eigene Gefahr. Die Badenden und Bootfahrer haben die besonderen Anweisungen der Aufsichtspersonen zu beachten.

6. Das Betreten der Ufer — abgesehen von dem Badeplatz — sowie der Stauanlagen ist verboten.

7. Das Einschlagen von Pfählen sowie sonstige Beschädigungen der Deckschichten des Grundes oder der Ufer der Talsperre sind verboten. Für den Bade- und Bootbetrieb dürfen lediglich schwimmende oder auf dem Ufer aufliegende Stege verwandt werden.

8. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen können mit einer Geldbuße gemäß § 116 (1) Nr. 4 des Hessischen Wassergesetzes geahndet werden.

9. Die Polizeiverordnung vom 3. Juni 1952 über die Regelung des Bade-, Boots- und Eislaufbetriebes für die Krombachtalsperre im Westerwald — III C 5 Nr. 129 III/52 — wird aufgehoben.

Wiesbaden, 2. 3. 1964

Der Regierungspräsident

Az.: III 5 — 441 Rehbach/Krombachtalsperre
gez. Wittrock

StAnz. 13/1964 S. 447

385

Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 75, 73 und 66 sowie der Kreisstraße 74 in den Gemarkungen Heiligenborn und Roth (Dillkreis), Reg.-Bez. Wiesbaden

Mit der Fertigstellung und Verkehrsübergabe der im Zuge der Kreisstraßen 75, 66 und 73 in den Gemarkungen Heiligenborn und Roth neugebauten Straßen sind die bisherigen Teilstrecken der Kreisstraße 75 von km 2,511 (= km 2,503 neu) bis km 2,638 alt = 127 m; von km 2,649 alt bis km 2,763 alt (= km 2,755 neu) = 114 m, von km 3,408 alt (= km 3,372 neu) bis km 3,530 alt (= km 3,504 neu) = 122 m, insgesamt: = 363 m; der Kreisstraße 66 von km 0,004 alt bis km 0,030 alt (= km 0,029 neu) = 26 m,

der Kreisstraße 73 von km 0,004 alt bis km 0,046 alt (= km 0,031 neu) = 42 m; und die Kreisstraße 74 von km 0,003 alt (= km 2,666 alt der K 75) bis km 0,037 alt (= km 0,030 alt der K 66) = 34 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verlieren daher mit Ablauf des 28. 2. 1964 die Eigenschaft von Kreisstraßen und werden eingezogen. (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes HStrG vom 9. 10. 1962 GVBl. I S. 437).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen vorstehende Verfügung kann Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift innerhalb eines Monats nach dem Tage der Bekanntmachung dieser Verfügung bei meiner Behörde geltend zu machen. Der Widerspruch soll begründet werden und einen bestimmten Antrag enthalten.

Wiesbaden, 20. 2. 1964

Der Regierungspräsident

III 4 — 2 — Az.: 66 k 08 05 (4)

StAnz. 13/1964 S. 447

386

Einziehung einer ehemaligen Teilstrecke der Kreisstraße 52 in der Gemarkung Niederscheld, Dillkreis, Reg.-Bezirk Wiesbaden

Mit Fertigstellung der Verkehrsübergabe der im Zuge der Kreisstraße in der Gemarkung Niederscheld, Dillkreis, Reg.-Bezirk Wiesbaden, neugebauten Straße ist die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 52 von km 0,003 alt bis km 0,150 alt (= km 0,058 alt) = 147 m, und von km 0,058 (= km 0,150 alt) bis km 0,183 (= km 0,229 neu) = 125 m, insgesamt: = 272 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verliert daher mit Ablauf des 28. 2. 1964 die Eigenschaft einer Kreisstraße und wird eingezogen (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes HStrG vom 9. 10. 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen vorstehende Verfügung kann Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift innerhalb eines Monats nach dem Tage der Bekanntmachung dieser Verfügung bei meiner Behörde geltend zu machen. Der Widerspruch soll begründet werden und einen bestimmten Antrag enthalten.

Wiesbaden, 28. 2. 1964

Der Regierungspräsident

III 4 (2) Az.: 66 k 06 07

StAnz. 13/1964 S. 447

1964

Montag, den 30. März 1964

Nr. 13

Gerichtsangelegenheiten

841 Aufgebote

6 F 8/63 — **Ausschlußurteil:** Der Brief über die im Grundbuch von Auerbach, Band 9, Blatt 1500, in Abt. III Nr. 2 für ein Darlehen der Bezirkssparkasse Zwingenberg-Bensheim eingetragene Hypothek von 4000 Goldmark nebst bis zu 12% Zinsen wird für kraftlos erklärt.

614 Bensheim, 10. 3. 1964 **Amtsgericht**

842 Güterrechtsregister Neueintragung

GR 780 — 18. 3. 1964: Erich Maute, Verwaltungsangestellter in Seeheim, und Elsbeth, geb. Hirschmann, Hausfrau, daselbst. Durch Vertrag vom 14. Februar 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

614 Bensheim, 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

843

Neueintragung

GR 781 — 18. 3. 1964: Handelsvertreter Heinz Wächter und Ehefrau Emma, geb. Jäger, beide in Heppenheim a. d. B. Durch Vertrag vom 6. Januar 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim, 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

844

Neueintragung

GR 782 — 18. 3. 1964: Rudolf Otto Stein, Friseurmeister, und Dorothea, geborene Kowalzik, Lehrerin, beide in Alsbach a. d. Bergstraße.

Durch Vertrag vom 15. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim, 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

845 Neueintragung

GR 219 — 6. Febr. 1964: Eheleute kaufm. Angestellter Alfons Erich Kurt Möricke u. Carla Ingeborg geb. v. Rembowski in Bad Schwalbach.

Durch notariellen Vertrag vom 17. 12. 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 6. 2. 1964 **Amtsgericht**

846 Neueintragung

GR 298: Der Elektromechaniker Herbert Keutterling und dessen Ehefrau Marianne geb. Karminsky in Ober-Eschbach haben durch notariellen Vertrag vom 13. Februar 1964 für ihre Ehe Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 9. 3. 1964 **Amtsgericht**

847

GR II 219a — 10. 2. 1964: Postbeamter Erwin Miltenberger und Helma, geborene Huhn, beide in Bauernheim.

Durch Ehevertrag vom 4. November 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

636 Friedberg (Hessen), 19. 3. 1964 **Amtsgericht**

848

Neueintragung

GR 158 — 9. 3. 1964 — Ehegatten: Maschinenbautechniker Hansjoachim Hen-

ning und Ursula Henning, geb. Rennert, in Hofgeismar, Kasinoweg 37.

Durch notariellen Vertrag vom 31. Januar 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

352 Hofgeismar, 19. 3. 1964 **Amtsgericht**

849

GR 268 — Eheleute Mechaniker Friedrich Robert Karges und Irmtraud, Maria Josefa, geb. Jost, in Hünfeld.

Durch Vertrag vom 15. Februar 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 16. 3. 1964 **Amtsgericht**

850

41 GR 955 — 11. 3. 1964: Kaufmann Siegfried Richter und Sigrid geb. Weise in Hanau haben durch Vertrag vom 18. 1. 1964 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 13. 3. 1964 **Amtsgericht**

851

Neueintragung

GR 281: Eheleute Kaufmann Franz Visney und Ortrud Hanne Marie geb. Würtz in Höchst/Odw.

Durch Vertrag vom 30. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6128 Höchst (Odw.), 17. 3. 1964 **Amtsgericht**

852

GR 271: Waldfacharbeiter Curt Wettlaufer, geb. 7. 7. 1937, und Ehefrau Lina Wettlaufer, geb. Heipel, in Hatterode, Kr. Ziegenhain.

Durch Vertrag vom 5. Februar 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 16. März 1964.

6435 Oberaula, 19. 3. 1964 **Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

853

GR 154 — 10. März 1964: Eheleute Landwirt und Arbeiter August Heinrich Rast und Liselotte geb. Hofmann in Birstein, Mühlweg Nr. 23.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Dezember 1963 ist Gütergemeinschaft gem. §§ 1415 ff. BGB vereinbart.

648 Wächtersbach, 10. 3. 1964 **Amtsgericht**

854 Handelsregister

Neueintragung

Angaben () ohne Gewähr

4 HRA 104: Federnfabrik Walter Fischer, Wettesingen (Breunaer Linde 179, Herstellung technischer Federn), Inhaber: Kaufmann Walter Fischer.

3547 Wolfhagen, 3. 3. 1964 **Amtsgericht**

855

HRA Nr. 8: Karl Bouman, Zierenberg, Baumaterialien. Die Firma ist erloschen.

3547 Wolfhagen, 3. 3. 1964 **Amtsgericht**

856 Vereinsregister Neueintragung

VR 32 — 3. September 1963: Forstbetriebsvereinigung Salz. Sitz: Salz. 6422 Herbstein, 18. 3. 1964

**Amtsgericht Lauterbach
Zweigstelle Herbstein**

857

Neueintragung

8 VR 165 — 13. 3. 1964: Dr.-Carl-Richter-Stiftung e. V., Kelkheim (Taunus). Die Satzung ist am 23. August 1963 errichtet und wurde am 6. September 1963 geändert.

Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

624 Königstein (Taunus), 13. 3. 1964 **Amtsgericht**

858

Neueintragung

VR 179 — 17. 3. 1964: Männer-Gesangverein Germania 1844 Kirberg, Sitz Kirberg.

625 Limburg (Lahn), 17. 3. 1964 **Amtsgericht**

859

Neueintragung

VR 362 — 17. März 1964: Universitäts-Sportclub Marburg an der Lahn. Sitz: Marburg an der Lahn.

355 Marburg (Lahn), 17. 3. 1964 **Amtsgericht**

860

Neueintragung

VR 36 — In das Vereinsregister ist heute folgendes eingetragen worden: Kulturgemeinde für den Bezirk Gedern mit dem Sitz in Gedern.

6474 Ortenberg (Oberhessen), 25. 2. 1964 **Amtsgericht**

861

VR 87 — Tischtennis-Club 1951 Wilhelmsdorf. Sitz Wilhelmsdorf, Kr. Usingen im Taunus.

639 Usingen (Taunus), 7. 2. 1964 **Amtsgericht**

862 Vergleiche — Konkurse

1 Na 3/64 — **Konkursverfahren:** Über den Nachlaß des am 24. 2. 1964 verstorbenen Kaufmanns Hans-Bernhard Schattauer, zuletzt wohnhaft in Stierstadt/Ts., Taunusstr. 63, Inhaber der im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter 71 HRA 9128 eingetragenen Firma Eisen-Handelsgesellschaft Jacob & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung Nachfolger Hans Bernhard Schattauer in Frankfurt (Main), Moselstraße 15, wird heute, am 13. März 1964, um 11.15 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Krause in Oberursel/Ts., Holzweg 1—3, Telefon 41 40.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1964 beim Gericht in doppelter Ausfertigung, Zinsen mit dem errechneten Betrag, anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: am 25. März 1964, um 12.30 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: am 12. Mai 1964, um 12 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 20/22, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 28.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 26. März 1964 anzeigen.

638 Bad Homburg v. d. H., 13. 3. 1964
Amtsgericht

863**Beschluß**

61 N 40/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Vergeda-Verkehrsgesellschaft mbH in Darmstadt, Kirchstraße 21, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben (§ 163 KO).

61 Darmstadt, 13. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 61

864

61 N 18/64 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Oberingenieurs Ottomar Kapp, Inhaber der Firma KFR/Kapp, Darmstadt, Alexandraweg 31 — vertreten durch Rechtsanwalt Wilhelm Haag, Darmstadt, als Abwesenheitspfleger — wird heute, am 16. 3. 1964, um 12 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Herr Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hügelstr. 47, Tel. 7 03 40.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 4. 1964 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 23. April 1964, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, Erdgeschoß, Zimmer 418.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. 4. 1964 anzeigen.

61 Darmstadt, 16. 3. 1964
Amtsgericht, Abt. 61

865**Beschluß**

81 N 19/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Universal Motors Gesellschaft mbH, Vertrieb und Vermittlung von Autos und Autozubehörteilen, Frankfurt (Main), Kriegstraße 45—53, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 17. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 81

866**Beschluß**

81 N 237/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Flach, Frankfurt (Main), Alpenroderstraße 41, alleiniger Inhaber des Einzelhandelsgeschäfts Schuhhaus Flach, Frankfurt (Main), Eschersheimer Landstr. 5—7, wird der Schlußtermin auf Freitag, den 8. Mai 1964 um 9.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 2800 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 150 DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 18. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 81

867

81 N 44/64 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Edgar Mazur, Gesellschaft für Gesundheitstechnische Anlagen mbH, Frankfurt (Main), Burgstraße 82, wird heute, am 19. März 1964 um 14.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Joseph Dillmann, Frankfurt (Main), Berliner Straße 42, Telefon: 28 18 82.

Konkursforderungen sind bis zum 20. 4. 1964 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 10. 4. 1964 um 10.30 Uhr, Prüfungstermin: 15. Mai 1964 um 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. April 1964 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 20. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 81

868

81 N 234/60: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Schmidt, als alleinigem Inhaber der Kula-Brotfabrik, Frankfurt am Main, Kasernenstraße ohne Nummer, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür 17 883,57 DM zur Verfügung. Von diesem Betrag gehen noch die Kosten des Verfahrens ab. Es sind zu berücksichtigen, bevorrechtigte Forderungen I/I 1923,83 DM, I/II 4513,71 DM, I/III 15,90 Deutsche Mark, I/IV 53,34 DM, und nicht bevorrechtigte Forderungen 78 578,86 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6 Frankfurt (Main), 20. 3. 1964

Der Konkursverwalter
Helmut Burghardt,
Rechtsanwalt

869

81 N 236/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Barbara Englert — Inhaberin der Grünee Werbebau Grünwald & Englert — Frankfurt am

Main, Mendelssohnstraße 58, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür 29 056,20 DM zur Verfügung. Von diesem Betrag gehen noch die Kosten des Verfahrens ab. Es sind zu berücksichtigen, bevorrechtigte Forderungen I/I 36 259,27 DM, I/II 113 551,00 DM, I/III 3475,50 DM, I/IV 379,65 und nicht bevorrechtigte Forderungen 254 465,35 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

6 Frankfurt (Main), 20. 3. 1964

Der Konkursverwalter
Helmut Burghardt,
Rechtsbeistand

870**Beschluß**

81 N 160/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Johannes Essert, Inhaber eines Fliesen- und Stuckgeschäftes Hattersheim (Main), Schwimmbadstr. Nr. 17, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Freitag, den 24. April 1964, um 11.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 900,00 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 110,00 DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 16. 3. 1964
Amtsgericht, Abt. 81

871**Beschluß**

81 N 99/63: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 29. November 1962 in Frankfurt (Main) verstorbenen Richard Johannes Artur Lindig, zuletzt wohnhaft gewesen Frankfurt (Main), Alte Rothofstraße 10, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 12. 3. 1964
Amtsgericht, Abt. 81

872**Beschluß**

81 N 236/63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 26. 5. 1963 verstorbenen Philipp Karl August Weiss, zuletzt wohnhaft in Frankfurt (Main), Falkensteiner Straße 6, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 17. April 1964 um 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 13. 3. 1964
Amtsgericht, Abt. 81

873

5 VN 2/63: Der Antrag der Kauffrau Margit Erna Leister, Alleininhaberin der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Firma M. E. Leister, Textilmaschinen, Fulda, Horaserweg 4, vom 11. 9. 1963 über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen sowie die Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen werden abgelehnt.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses war abzulehnen, weil

a) den Erfordernissen des § 6 Vergl.O. nicht genügt ist und der Mangel nicht fristgerecht beseitigt worden ist (§ 17 Ziffer 1 Vergl.O.),

b) die Schuldnerin dem vorläufigen Vergleichsverwalter ohne genügenden Grund Auskünfte und Aufklärungen über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verweigert hat (§ 17 Ziffer 5 Vergl.O.),

c) der Vergleichsvorschlag der Vermögenslage der Schuldnerin nicht entspricht (§ 18 Ziffer 3 Vergl.O.).

Der für das Anschlußkonkursverfahren von der Schuldnerin angebotene Kostenvorschuß ist innerhalb der gesetzten Frist weder von ihr noch von anderer Seite gezahlt worden. Die Schuldnerin hat mitgeteilt, daß sie höchstens 100,— DM vorschießen könne. Da dieser Betrag zur Dekkung der in § 58 Nr. 1, 2 KO bezeichneten Massekosten nicht ausreicht und nach den Umständen nicht ersichtlich ist, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse vorhanden ist, war auch die Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens gemäß §§ 19 Vergl.O., 107 KO abzulehnen.

64 Fulda, 11. 3. 1964

Amtsgericht, Abt. 5

874

50 N 17/61: In dem aufgehobenen Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Herbert Döring, Kassel, Untere Karlstraße 14, Inhaber der eingetragenen Firma Herbert Döring, Früchte-Import und Großhandel, ebenda, Filialen in Göttingen und Bebra, wurde dem früheren Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dr. Julius Linker in Kassel, eine weitere Vergütung auf 500 DM festgesetzt.

35 Kassel, 19. 3. 1964

Amtsgericht

875

50 N 32/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Optisch-Feinmechanischen Werkstätte GmbH, in Kassel, bisher Denhäuser Straße 55, jetzt Kassel-Ha., Teilrheischer Straße 5, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 9. April 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, bestimmt worden.

35 Kassel, 19. 3. 1964

Amtsgericht

876

7 VN 2/64 — Vergleichsverfahren: Die Kauffrau Elisabeth Sommer, geb. Uhlmann, Offenbach a. M., Biebererstraße 258, Inhaberin der Fa. Schokoladenfabrik Anton Sommer, Offenbach a. M., Austraße 14, hat durch einen am 13. März 1964 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Vorläufiger Vergleichsverwalter: Karl Polkin jun., Offenbach a. M., Frankfurter Straße 56—62, Tel. 8 25 94.

An die Schuldnerin wurde ein allgemeines Veräußerungsverbot gemäß §§ 59 ff Vergl.O. erlassen. Dem vorläufigen Vergleichsverwalter stehen die im § 57 Vergl.O. vorgesehenen Befugnisse zu.

605 Offenbach (Main), 13. 3. 1964

Amtsgericht, Abt. 7

877

7 N 84/63: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Frau Helene, Prinzessin zu Hohenlohe-Langenburg, Neu-Isenburg, Nachtigallenstraße 26, Inhaberin eines Textilgeschäfts in Neu-Isenburg, Frankfurter Straße 15, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin Termin anberaumt auf Mittwoch, den 29. April 1964, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Offenbach/M., Kaiserstraße 16, Zimmer 34.

Dieser Termin dient zugleich zur Fortsetzung des Prüfungstermins. Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Zimmer 33, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

605 Offenbach (Main), 18. 3. 1964

Amtsgericht, Abt. 7

878

81 N 160/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Johannes Essert, Inhaber eines Fliesen- und Stuckgeschäftes, Hattersheim (Main), Schwimmbadstraße 17 — Amtsgericht Ffm. 81 N 160/63 —, soll nach Abnahme der Schlußrechnung im Schlußtermin vom 24. April 1964 die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Der hierzu verfügbare Massebestand beträgt 1404,92 DM, von welchem noch die Massekosten, soweit sie noch nicht bekannt sind, zu bestreiten sind. Hiernach sind nur die nach § 61 Ziffer 1 KO bevorrechtigten Forderungen bei der Schlußverteilung zu berücksichtigen. Die Summe dieser Forderungen beträgt 23 425,78 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten aus.

6231 Schwalbach (Taunus), 20. 3. 1964

Der Konkursverwalter

Hans Revermann, Rechtsanwalt,
Schwalbach (Ts.),
Pfungstbrunnenstraße 5

879

Beschluß

62 N 56/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hans Busch in Wiesbaden, Kirchgasse 68, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf den 20. April 1964, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 249.

62 Wiesbaden, 13. 3. 1964

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55

ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

880

Beschluß

6 K 10/62: Das im Grundbuch von Bad Homburg v. d. H., Band 132, Blatt 4190, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Homburg vor der Höhe, Flur 27, Flurstück 2/23, Llieg.-Buch 3596, Geb.-Buch 1764, Hof- und Gebäudefläche, Adelheitswert d), Gewächshaus mit Anbau rechts und links (teilweise), 15,86 Ar,

soll am 25. Mai 1964 um 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 20, Zimmer 28, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Oktober 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Elisabeth Roll, geb. Schumann, in Bad Homburg v. d. H., Zustellungsbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Perk in Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 340 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

638 Bad Homburg v. d. H., 12. 3. 1964

Amtsgericht

881

84 K 81/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Lydia Schröder, geb. Stahl, in Eschborn eingetragene ideelle Viertel des im Grundbuch von Eschborn des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 21, Blatt 514, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Eschborn, Flur 35, Flurstück 104/56, Garten, in der Floßet, 4,86 Ar groß, Flurstück 105/56, ebenso, 0,50 Ar groß und Flurstück 106/56, ebenso, 1,01 Ar groß,

am 3. Juni 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin des ideellen Viertels am 16. November 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Lydia Schröder, geb. Stahl, in Eschborn (Taunus).

Weitere Mitgläubiger: Witwe Franziska Stahl, geb. Platt, Albert Oskar Stahl und Ehefrau Lydia Schröder, geb. Stahl, sämtlich in Eschborn (Taunus), in ungeteilter Erbengemeinschaft zur Hälfte; Kühltechniker Karl Schröder, daselbst, zu ein Viertel.

Der Wert des ideellen Grundstücks Viertels wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1911 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 17. 3. 1964

Amtsgericht — Abt. 84

882

84 K 84/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 12, Band 10, Blatt 382, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 134, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche Oberweg 15, Größe 4,12 Ar,

am 10. Juni 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 215 (II. Stock), versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 12. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Rudolf Roos in Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 247 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 13. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 84

883

84 K 64/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 11, Band 11, Blatt 358, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 122, Flurstück 18/1, Hof- und Gebäudefläche, Eschersheimer Landstraße 1, Größe 3,51 Ar, und

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 122, Flurstück 17/2, Gebäudefläche, Eschersheimer Landstraße 1, Größe 0,04 Ar,

am 3. Juni 1964, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 215 (II. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. Sept. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Fräulein Auguste Margarethe Bock in Frankfurt (Main) zu 12/40-Idealanteil, Fräulein Elisabeth Bock in Frankfurt (Main) zu 28/40 Idealanteil.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: Grundstück Ifd. Nr. 2: 1 332 812 DM, Grundstück Ifd. Nr. 5: 15 188 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 16. 3. 1964
Amtsgericht — Abt. 84

884

5 K 19/63: Die im Grundbuch von Wüstensachsen, Bezirk Fulda (Hilders), Band Nr. 24, Blatt 826, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 23, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 22, Flurstück 71, Grünland im Schieber, 29,32 Ar,

Ifd. Nr. 24, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 80/1, Hof- und Gebäudefläche, die Ritterhöfe, 6,15 Ar,

Ifd. Nr. 25, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 83, Hof- und Gebäudefläche die Ritterhöfe, Haus.-Nr. 154, Größe 7,61 Ar,

Ifd. Nr. 30, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 82, Hof- und Gebäudefläche, die Ritterhöfe, 7,79 Ar,

Ifd. Nr. 32, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 22, Flurstück 64, Wald (Holzung), im Schieber, 75,61 Ar,

Ifd. Nr. 35, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20 Flurstück zu 80/1, Hofraum, die Ritterhöfe, 0,70 Ar,

Ifd. Nr. 36, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 80/1, Hutung, die Ritterhöfe, 3,34 Ar,

Ifd. Nr. 38, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 84, Ackerland, am Ritterhof, 136,80 Ar, Grünland, am Ritterhof, 3,65 Ar,

Ifd. Nr. 39, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 17, Flurstück 5 Hutung, Obere Heuwiesen, 378,57 Ar, Wald (Holzung) obere Heuwiesen, 23,36 Ar,

Ifd. Nr. 40, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 19, Flurstück 2 Grünland, Am Ritterhof, 358,40 Ar, Wald (Holzung) am Ritterhof, 1,74 Ar,

Ifd. Nr. 41, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 69, Grünland am Ritterhof, 55,70 Ar, Wiese am Ritterhof, 25,43 Ar,

Ifd. Nr. 42, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 22, Flurstück 68, Grünland, im Schieber, 41,60 Ar, Wald (Holzung), im Schieber, 4,84 Ar,

Ifd. Nr. 43, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 22, Flurstück 70, Grünland, im Schieber, 163,51 Ar, Wald (Holzung), im Schieber, 83,10 Ar,

Ifd. Nr. 44, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 18, Flurstück 3, Hutung, im Schieber, 69,22 Ar,

Ifd. Nr. 45, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 67, Wiese, Holzweise, 38,13 Ar,

Ifd. Nr. 46, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 19, Flurstück 1, Grünland, Wald (Holzung), am Ritterhof, 53,06 Ar,

Ifd. Nr. 47, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 22, Flurstück 62, Wald (Holzung), im Schieber, 38,45 Ar,

sowie das in Band 19, Blatt 667 eingetragene Grundstück Ifd. Nr. 7, Gemarkung Wüstensachsen, Flur 20, Flurstück 66, Grünland, Holzweise, 73,22 Ar,

— hinsichtlich des der Erbengemeinschaft nach Leo Herbst zustehenden gedachten Viertels —

sollen am Mittwoch, dem 13. Mai 1964, um 10 Uhr, im Bürgermeisteramt Wüstensachsen, Hs.-Nr. 115, auf Antrag von Frau Maria Herbst, geb. Faulstich, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. August 1963, (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Maria Herbst geb. Faulstich in Wüstensachsen, b) Ehefrau Angela Winterling geb. Herbst in Melperts, c) Ehefrau Rita Luise Mihm geb. Herbst in Schachen-Dreierhof, d) Ehefrau Cäcilia Stumpf geb. Herbst in Wüstensachsen, e) Anton Karl Herbst in Wüstensachsen, geb. 10. 6. 1947, f) Josef Leopold Herbst in Wüstensachsen, geb. 24. 2. 1949 — zu a)–f) in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

885

84 K 2/64: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Sossenheim des Amtsgerichts Frankfurt (M.), Abt. Höchst, Band 26, Blatt 645, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Sossenheim, Flur Nr. 13, Flurstück 139/32, bebauter Hofraum, belegen Siegerner Str. 10, Größe 1,35 Ar, am 24. Juni 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt a. M., Große Friedberger Str. 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 1. 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungs-

vermerks): a) Anna Katharina Friederike Böhme, geb. Mook, in Frankfurt am Main, Elise Katharina Herdt, geb. Mook, in Frankfurt (M.) als Miteigentümer zu je $\frac{1}{4}$ Idealanteil, b) Friederike Böhme, geb. Mook in Frankfurt (M.), Katharine Herdt geb. Mook in Frankfurt (M.), Witwe Wilhelmine Jünemann geb. Mook in Frankfurt/Main-Sossenheim, kfm. Angestellter August Franz Richard Jünemann in Pfm.-Griesheim, in ungeteilter Erbengemeinschaft zum ideellen Viertel, c) kfm. Angestellter Richard Jünemann in Frankfurt (M.)–Griesheim, zu $\frac{1}{4}$.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 52 000,— DM.

Auf der Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 17. 3. 1964

Amtsgericht, Abt. 84

886**Beschluß**

3 K 9/63 — 3 K 2/64 — 1. Die im Grundbuch von Endbach Band 31, Blatt 1217 eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Endbach, Flur 17, Flurst. 302/3, Ackerland, auf der Heide, 2,23 Ar,

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Endbach, Flur 17, Flurst. 302/1, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 6,75 Ar,

Ifd. Nr. 9, Gemarkung Endbach, Flur 17, Flurst. 302/2, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 7,11 Ar;

2. Das im Grundbuch von Endbach, Band Nr. 29, Blatt 1130 eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Endbach, Flur 17, Flurst. 303, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofsberg 21, Größe 9,45 Ar,

sollen am 24. Juni 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Gladenbach, Gießener Straße 27, Zimmer 11, zu 1. durch Zwangsvollstreckung und zu 2. durch Zwangsvollstreckung und zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am Tag des Versteigerungsvermerks zu 1: am 11. 11. 1963 Kraftfahrer Lothar Wehr in Endbach, zu 2.: am 28. 1. 1964 Beifahrer Egon Wehr und Kraftfahrer Lothar Wehr in Endbach zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt 1. Flur 17 Nr. 302/3 auf 200,— DM, Flur 17 Nr. 302/1 auf 90 000,— DM, Flur 17, Nr. 302/2 auf 90 000,— DM, 2. Flur 17, Nr. 303 auf 82 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3568 Gladenbach, 13. 3. 1964 **Amtsgericht**

887

5 K 14/63: Das im Grundbuch von Herborn (Dillkreis), Band 23, Blatt 813, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Herborn, Flur 32, Flurstück 5, Grünland im Kallenbach, 9,38 qm,

soll am 25. Mai 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 9. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe des Schuhmachers Karl Friedrich Gail, Emilie geb. Rompp in Herborn und die Eigentumserben derselben nach Nassauischem Leibzuchsrecht; errungenschaftlicher Eheerwerb.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1876,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

888

K 11/63: Die im Grundbuch von Niedernhausen, Bd. 13, Bl. 437, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 24, Gemarkung Niedernhausen, Flur 17, Flurstück 106 3, Holzung Schwarzland, 127,80 Ar,

lfd. Nr. 49, Gemarkung Niedernhausen, Flur 8, Flurstück 48/1, Hof- und Gebäudefläche Wiesbadener Straße, 0,57 Ar,

lfd. Nr. 51, Gemarkung Niedernhausen, Flur 8, Flurstück 48/2, Hofraum Wiesbadener Straße, 2,10 Ar,

lfd. Nr. 55, Gemarkung Niedernhausen, Flur 8, Flurstück 27/2, Ackerland (Obstb.) auf dem Berg, 1,56 Ar,

lfd. Nr. 96, Gemarkung Niedernhausen, Flur 8, Flurstück 48/22, Park, Wiesbadener Straße, 149,93 Ar,

sollen am 12. Mai 1964, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Idstein, Gerichtsstr. 1, Zimmer 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Oktober (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Frau Elisabeth Borgmann, geb. Leng, Niedernhausen, zur Hälfte, b) Ehefrau Maria Pröls geb. Schickl, Wiesbaden, zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: a) bezüglich lfd. Nr. 24 auf 23 000,— DM, b) bezüglich lfd. Nr. 49 auf 342,— DM, c) bezüglich lfd. Nr. 51 auf 1260,— DM, d) bezüglich lfd. Nr. 55 auf 78,— DM, e) bezüglich lfd. Nr. 96 auf 204 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein (Taunus), 13. 3. 1964 **Amtsgericht**

889

K 17/63: Der Viertel-Miteigentumsanteil des im Grundbuch von Niederjosbach Band 22, Blatt 785, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederjosbach, Flur 12, Flurstück 142/4, Hof- und Gebäudefläche (Wohnhaus und Stall) Niedernhausener Straße 1, Größe 1,54 Ar,

soll am 16. Juni 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Idstein/Ts., Gerichtsstr. Nr. 1, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Januar 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Helmut Paul Ochs in Niederjosbach, geb. am 4. Oktober 1940.

Der Wert des Grundstücksanteils wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein (Taunus), 16. 3. 1964 **Amtsgericht**

890

K 3/63: Das im Grundbuch von Niederjosbach, Band 22, Blatt 785, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederjosbach, Flur 12, Flurstück 142/4, Hof- und Gebäudefläche (Wohnhaus und Stall) Niedernhausener Straße 1, Größe 1,54 Ar, soll am 16. Juni 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Idstein/Ts., Gerichtsstr. 1, Zimmer 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. April 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Verputzer Heinz Ochs, in Eddersheim am Main, zur Hälfte, b) Fräulein Christa Ochs, in Niederjosbach/Ts., geb. am 4. 2. 1947, zu einem Viertel, c) Arbeiter Helmut Paul Ochs, in Niederjosbach/Ts., geb. am 4. 10. 1940, zu einem Viertel.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein (Taunus), 16. 3. 1964 **Amtsgericht**

891

K 7 K 53/63: Zur Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 68, Blatt 3101 eingetragenen Grundstücke Gemarkung Neu-Isenburg, LB Nr. 1376:

lfd. Nr. 1, Fl. 2, Nr. 18/1, Hof- und Gebäudefläche Waldstraße 53, Größe 3,95 Ar, lfd. Nr. 2, Fl. 2, Nr. 18/4, Gartenland an der Waldstraße, 1,89 Ar,

am Mittwoch, dem 20. Mai 1964, 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Eigentümer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (5. 11. 1963) a) Katharina Schmezer, b) Heinrich Schmezer, c) Christine K. Fenchel, d) Dora A. Schmezer in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG bezüglich lfd. Nr. 1 auf 39 165,— DM, lfd. Nr. 2 auf 2835,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 17. 3. 1964 **Amtsgericht, Abt. 7**

892

3 K 11/63: Das im Grundbuch von Steeden, Band 19, Blatt 693A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Steeden, Flur 15, Flurstück 141/10, Lieg.-B. 1289, Bauplatz, Am Rheinberg, Größe 10,23 Ar,

soll am 4. Juni 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Runkel, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 8. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Walter Dorn und dessen Ehefrau Martha Dorn, geb. Herwig, in Steeden, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 1190 DM (eintausendeinhundertundneunzig Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6251 Runkel (Lahn), 18. 3. 1964 **Amtsgericht**

893

Beschluß

K 19/63: Das im Grundbuch von Harreshausen, Band 15, Blatt 749, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 6/3, Ackerland, Im Sandberg, 19,09 Ar,

soll am 25. Mai 1964 um 10.30 Uhr, im Rathaussaal in Harreshausen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 10. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreiner Helmut Kaufmann in Harreshausen, Stockstädter Straße.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 118 363 Deutsche Mark. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6453 Sellgenstadt, 16. 3. 1964 **Amtsgericht**

894

Beschluß

K 17/62: Das im Grundbuch von Zellhausen, Band 9, Blatt 691, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 339/3, Hof- und Gebäudefläche, Hirtengasse 9, Größe 2,19 Ar,

soll am 20. Mai 1964 um 10 Uhr, im Bürgermeisteramt in Zellhausen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 9. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Maria Blaut, geb. Herr, in Zellhausen.

Der Wert des Grundstücks ist durch Beschluß vom 1. 7. 1963 nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 28 500 DM. Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6453 Sellgenstadt, 16. 3. 1964 **Amtsgericht**

895

3 K 28/61: Die auf den Namen des Hermann Krauskopf im Grundbuch von Reiskirchen, Band 31, Blatt 1056, eingetragenen ideellen Hälften an den Grundstücken,

Nr. 27, Gemarkung Reiskirchen, Flur 15, Flurstück 93/33, Hof- und Gebäudefläche, An dem Kreuz, Haus Nr. 49, Größe 2,00 Ar (Wert: 600 DM),

Nr. 28, Gemarkung Reiskirchen, Flur 15, Nr. 94/33, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 10,01 Ar (Wert: 13 000 DM), sollen am 13. Mai 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 7. 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Hermann Krauskopf und Hilde, geb. Rühl, Reiskirchen, zu je 1/2.

Die Werte für die ganzen Grundstücke wurden gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 26. 8. 1962 gegenüber allen Beteiligten auf die in Klammern hinter die Grundstücksbezeichnung angegebenen Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 17. 3. 1964 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

896

Aufgebot von Sparkassenbüchern: Hauptstelle Friedberg/H. Margarete Schneider, Ibenstadt, Sp. 56088, Maria Weitzel, Ibenstadt, Sp. 64529; Hauptstelle Butzbach, Friedrich Mengel, Münzenberg, Sp. 8095.

Die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, dieselben innerhalb von drei Monaten bei der Sparkasse vorzulegen, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern: Hauptstelle Friedberg/H., Heinrich Georg Breidenbach, Ober-Wöllstadt, Sp. Nr. 47965.

636 Friedberg (Hessen), 17. 3. 1964

Kreissparkasse Friedberg (Hessen)
Der Vorstand

897

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: 1. Heinrich und Anna Hartmann, Gelnhausen, Brentanostr. 18, das Sparkassenbuch Nr. 5621 — Heinrich und Anna Hartmann — 2. Reinhold Andreas, Habel, die Sparkassenbücher Nr. 2841 — Otto Wolf (Lehrer), Lahrbach/Tann — und Nr. 4718 — Berta Wolf, Wendeshausen.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 18. 3. 1964 ist das Sparkassenbuch Nr. 27683 — Waltraud Stang, geb. Demar, Büdingen, Tiergartenstr. 77 — für kraftlos erklärt worden.

646 Gelnhausen, 20. 3. 1964

Kreissparkasse Gelnhausen
Der Vorstand

898

Aufforderung: Frau Ingeborg Elsner, geb. Mahr, Frankfurt/Main 1, Am Dornbusch 13, hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 02-36395 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 18. 3. 1964

Stadtsparkasse Frankfurt am Main

899 Öffentliche Ausschreibung

WIESBADEN: Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße 3012 zwischen Hofheim und Kelkheim (Hof Hausen v. d. Sonne), km 2,000 bis km 2,725, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind: 10 000 cbm Erdarbeiten, davon 9000 cbm Seitenentnahme, 1500 cbm Frostschuttkies, 4500 qm Schotterunterbau, 4500 qm bit. Fahrbahndecke und umfangreiche Nebenarbeiten.
Bauzeit: 60 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 10. 4. 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr. 68 30 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau der L 3012, Hofheim—Kelkheim (Hof Hausen v. d. Sonne).“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 1. 4. 1964 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 46.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 17. April 1964, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 23 Werktage.

62 Wiesbaden, 20. 3. 1964

Hess. Straßenbauamt
160 — 63a — 08 — 05

900

DILLENBURG: Für Straßenbauarbeiten auf der Kreisstraße 392, km 5,076—km 5,176, Königsberg — L 3053 und Frostschadenbeseitigung auf der Kreisstr. 390, km 2,380 — km 2,554, Gr.-Altenstädten—Mudersbach (Kreis Wetzlar) sollen u. a. vergeben werden:

3900 cbm Erdarbeiten
550 t Hartsteinbrechsand 0/5
380 t Hartsteinsplitt 0/35
350 t Lahnkies
1200 t Schotter 35/55
1700 qm Asphaltbinder 0/25
1700 qm Asphaltfeinbeton 0/12
1000 qm Asphaltgrobton 0/25 einbauen
Bauzeit: 50 Arbeitstage.

Eröffnungstermin: 7. 4. 1964. Ende der Zuschlagsfrist: 4. 5. 1964.

Die Bieter müssen nachweisbar gleichartige Bauleistungen ausgeführt haben. Anforderung oder Abholung (Zimmer 8) der Angebotsvordrucke ab sofort gegen Quittung — mit Angabe „K 390 und K 392“ — über eingezahlte Selbstkosten in Höhe von 10,— DM (Staatskasse Dillenburg, Postscheckkonto Ffm. 6820). Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

634 Dillenburg, 20. 3. 1964.

Hess. Straßenbauamt Dillenburg
109 — 63a — 10-05

901

BAD HERSFELD: Die Arbeiten für den Neubau der Mühlgrabenbrücke im Zuge der B Nr. 62 in der Ortsdurchfahrt Niederaula, Kreis Hersfeld, km 0,040, sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind:
ca. 220 cbm Erdarbeiten
ca. 110 cbm Beton bzw. Stahlbeton
ca. 70 qm Mastixisoliervorbelag
ca. 70 qm Schutzbeton
ca. 80 qm Sohlen- und Böschungspflaster
sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen mit der Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 3,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für den Neubau der Mühlgrabenbrücke im Zuge der B 62 in Niederaula“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 2. 4. 1964 in der Zeit von 10 bis 11 Uhr beim Registrator (Zimmer 15).

Eröffnungstermin: 15. April 1964, um 11 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Kalendertage.

643 Bad Hersfeld, 19. 3. 1964.

Hessisches Straßenbauamt
5/M — 63b — 10 — 03

902

FULDA: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die nachstehenden Arbeiten vergeben werden. Es handelt sich dabei um:

Ausbau und Verbreiterung zwischen Kreisgrenze und Fliesen im Zuge der Bundesstraße 40, km 61,225—63,295, Baustat. 0,0+00—2,0+45 = 2045 lfd. m, (Nähe Höf und Haid).

Folgende Lieferungen und Leistungen sind auszuführen:

66 000 cbm Boden nach DIN 18 300 — 2.21, 2.24 bis 2.26 einschl. Zulagen je nach Anfall für 2.27 und 2.28

1460 lfd. m Drainageleitung aus Betonfilterrohren

11 100 qm Deckenaufriß

24 000 t Basaltmaterial d. K. 0/12, 0/35 und 35/75 mm

24 600 qm bit. Tragschicht 0/35 mm in 10 und 14 cm Stärke

7100 qm Rüttelschotter-Unterbau nach RU bit 60

24 500 qm 3schichtige Decke, bestehend aus 2 Binderschichten und 4 und 3 cm und einem Asphaltfeinbetontepich in 3 cm Dicke nach den TV bit. 3/56

4100 lfd. m Randeinfassungen (Leitstreifen) 50/25 cm aus Beton B 450 mit Querfugenausbildung

40 Stck. Einlauf- und Prüfschächte aus Fertigteilen und Mauerwerk

4100 lfd. m Betonhochbord- und Tiefbordsteine

260 lfd. m Betonrohrleitungen verschiedener Durchmesser von 300 mm—600 mm sowie Ausführung von Sandsteinpflasterung, 3000 qm Baustraße sowie Zurückversetzen von Zäunen und Mauern im Zuge von o. a. Baustrecke

Die Arbeiten sollen im Laufe des Monats Mai 1964 begonnen werden. Die Bauzeit beträgt insgesamt 10 Monate.

Die Bieter müssen nachweisbar Arbeiten gleicher oder ähnlicher Art bereits ausgeführt haben und über die geeigneten Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort angefordert oder abgeholt werden (Abgabe erfolgt, soweit Exemplare vorhanden sind). Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für je 2 Ausfertigungen ist vorzulegen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6749 zu erfolgen mit Angabe „Ausbau und Verlegung der B 40 zwischen Kreisgrenze und Fliesen — 2045 lfd. m — Titel 310, Kennzahl 1021, lfd. Nr. 121 14“. Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8—12 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 14. April 1964, um 10 Uhr, bei o. a. Dienststelle statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 15. 5. 1964.

64 Fulda, 18. 3. 1964

Hessisches Straßenbauamt
305 — 63a — 06 — 05

903

WIESBADEN: Die Arbeiten über den Neubau von zwei Überführungsbauwerken im Zuge der B 455 in Bau-km 1,513 (Überführungsbauwerk über die Kreisstraße 792) und in Bau-km 786 (Überführungsbauwerk über einen Feldweg) einschl. Absenkung der Kreisstraße 792 und des Feldweges im Bereiche der Bauwerke sollen vergeben werden.

Auszuführen sind: ca. 15 000 cbm Erdbewegung, ca. 150 cbm Mutterboden, ca. 1000 cbm Frostschutzkies, ca. 500 qm Unterbeton, ca. 2500 cbm Stahlbeton B 225, ca. 420 cbm Stahlbeton B 300, ca. 2300 qm Asphaltbetonbinderschicht, ca. 2300 qm Asphaltfeinbetonschicht.

Bauzeit: 120 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. April 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 5,50 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Umgehung Bremthal B 455 — Neubau der Überführungsbauwerke“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 1. April 1964 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 43.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 24. April 1964, um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 22 Werktag.

62 Wiesbaden, 16. 3. 1964

Hess. Straßenbauamt
140/141 — 63a — 06 — 03

904

FULDA: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die nachstehenden Arbeiten, unterteilt nach Losen, vergeben werden. Es handelt sich dabei um:

Los I — Neubau einer Winkelstützmauer von Baustat. 1,1+28 bis 1,2+73 = 145 lfd. m im Zuge des Ausbaues und der Verbreiterung der B 40 zwischen Kreisgrenze und Fliesen.

Los II — Verlängerung eines Plattendurchlasses um 16,90 m mit einer l. W. von 1,50 m und einer l. H. von 1,50 m in Baustat. 0,3+21 von o. a. Baustrecke.

Los III — Verlängerung eines Gewölbendurchlasses um 22,40 m mit einer l. W. von 1,70 m und einer l. H. von 0,75 m in Baustat. 1,6+98 ebenfalls im Zuge von o. a. Baustrecke.

Los IV — Neubau einer Spannbetonbrücke (Feldwegüberführung) — nach Brückenklasse 30 — in Baustat. 1,0+06, mit l. W. = 20,00 m und l. H. = 4,50 m l. M.

Die Arbeiten sollen im Laufe des Monats Mai 1964 begonnen werden. Die längste Bauzeit beträgt 100 Arbeitstage (20 Wochen).

Die Bieter müssen nachweisbar Arbeiten gleicher oder ähnlicher Art bereits ausgeführt haben und über die geeigneten Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort angefordert oder abgeholt werden (Abgabe erfolgt, soweit Exemplare vorhanden sind). Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 15,— DM für je 2 Ausfertigungen ist vorzulegen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6749 zu erfolgen mit Angabe: „Bauwerke im Zuge des Ausbaues und Verlegung der B 40 zwischen Kreisgrenze und Fliesen — Titel 310, Kennz. 1021, lfd. Nr. 121 h.“ Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht in der Zeit von 8 bis 12 Uhr täglich beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14.

Der Eröffnungstermin findet am Mittwoch, dem 15. 4. 1964, 10 Uhr, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 15. 5. 1964.

64 Fulda, 18. 3. 1964

Hessisches Straßenbauamt
305 — 63a — 06 — 05

905

WIESBADEN: Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstraße 703 zwischen Seitenhahn und der Landesstraße 3037 im Untertaunuskreis von km 0,000 bis km 0,900 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind: 3000 cbm Erdarbeiten, Lieferung und Einbau von 770 cbm Frostschutzkies, Herstellung von 3900 qm Streumakadamdecke mit neuem Unterbau sowie Entwässerungsarbeiten.

Bauzeit: 60 Arbeitstage (5-Tage-Woche).

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. April 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 5,50 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden, unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau der Kreisstraße 703 im Landkreis Untertaunus.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 25. 3. 1964 in der Zeit von 8 bis 16 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 47.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 14. April 1964, um 11 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktag.

62 Wiesbaden, 18. 3. 1964

Hess. Straßenneubauamt
180 — 63a — 10 — 05

906

DARMSTADT: Die Bauarbeiten für das Gesamtstraßenbau- und anbaufreien Verbindungsstraße zwischen den Bundesstraßen 43 und 8/40 im Raume Offenbach a. Main und Frankfurt am Main sollen vergeben werden. Es handelt sich um umfangreiche Erd-, Straßenunterbau- und Deckenarbeiten sowie um kleinere Kunstbauwerke in Stahlbeton.

Folgende Hauptleistungen sind zu erbringen:

125 000 cbm Erdbewegung mit Dammschüttung
18 500 qm Zementverfestigung
16 000 qm Bitu-Kies, 2schicht, Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
32 000 qm Schotterunterbau, Mischmakadam, ischicht, Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
3 Rad- und Fußwegunterführungen (lichte Weite 4,75 m)
400 lfd. m Winkelstützmauern.

Die Unterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei Anforderung der Unterlagen nachweisen, daß sie gleichartige Arbeiten mit Erfolg ausgeführt haben.

Bewerber, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßen-Neubauamt Hessen-Süd in Darmstadt, Rheinstraße 19/21, bis spätestens 1. 4. 1964 schriftlich mitzuteilen. Der Anforderung ist der Beleg über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 70,— DM für zwei Angebotsvordrucke beizufügen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 355 99 mit der Angabe „Gesamtstraßenbau- und anbaufreie Verbindungsstraße“ zu erfolgen. Die Ausschreibungsunterlagen werden den Bewerbern ab 2. 4. 1964 portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin: Mittwoch, dem 29. 4. 1964, um 11 Uhr.

62 Darmstadt, 17. 3. 1964

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd
201 — 63a — 06.03

907

WEILBURG: Die Arbeiten für die Beseitigung von Frostschäden im Zuge der Kreisstr. 723, Usingen—Häusen/Arnsbach, km 1,600— km 3,600, Kreis Usingen, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

100 cbm Ausschachtung
2600 m Grabenregulierung
400 cbm Bodenmassen liefern
3600 m Bankettregulierung
1700 t Schotter d. K. 35/75 mm
520 t Sand d. K. 0/5 mm
8300 qm Asphaltbinder 0/25 mm
8500 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 8. 4. 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse in Weilburg/Lahn, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6829 mit Angabe: „Beseitigung von Frostschäden im Zuge der K 723, Usingen—Häusen/Arnsbach“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 9. 4. 1964, in der Zeit von 8—12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Weilburg/Lahn (Zimmer 9).

Eröffnung: 21. 4. 1964, um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktag.

629 Weilburg, 16. 3. 1964

Hessisches Straßenbauamt
B-Nr. 1572/64 — 153 — 63a — 10 — 37

908

WEILBURG: Die Arbeiten für die Beseitigung von Frostschäden im Zuge der Kreisstr. 726, B 275 — Pfaffenwiesbach und der Kreisstraße 750/751 Mauloff—B 275, Kreis Usingen, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

560 cbm Bodenmassen liefern
2900 m Grabenregulierung
3000 m Bankettregulierung
1800 t Schotter 35/75 mm
540 t Brechsand 0/5 mm
7300 qm Asphaltbinder 0/25 mm
8300 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 9. 4. 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse in Weilburg/Lahn, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6829 mit Angabe: „Beseitigung von Frostschäden im Zuge der K 726 und 750/751, Kreis Usingen“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 10. 4. 1964, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Weilburg/Lahn (Zimmer 9).

Eröffnung: 24. April 1964, um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktag.

629 Weilburg, 17. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
B-Nr. 1598/64 — 153 — 63a — 10 — 05

909

Bei der Gemeinde Zeppelinheim, Kreis Offenbach am Main, Ortsklasse S, ist die neugeschaffene Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 2 des Wahlbeamtenbesoldungsgesetzes vom 29. 10. 1953 und den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Gemeinde Zeppelinheim hat ca. 1200 Einwohner und ist eine reine Wohngemeinde. Sie wird voraussichtlich in den nächsten Jahren 2000 Einwohner erreichen.

Es ist erforderlich, daß der Bewerber mindestens die II. Verwaltungsprüfung abgelegt hat und eine langjährige Praxis in der Kommunalverwaltung nachweisen kann. Er soll möglichst nicht über 40 Jahre alt sein.

Schriftliche Bewerbung mit handgeschriebenem lückenlosem Lebenslauf und beglaubigten Abschriften der Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit sowie über abgelegte Prüfungen sind bis spätestens 30. April 1964 an den Gemeindevorstand zu richten.

Der Umschlag ist mit dem Kennwort „Bürgermeisterbewerbung“ zu versehen.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Der Wahlvorbereitungsausschuß

OPHEL *Auto Schatz*
HANAUER LANDSTRASSE 295
Frankfurt/Main · Fernsprech-Sammel-Nr. 40441
 Zweigbetrieb: Bergen-Lahn, Westliche Sandstraße 40



910

DARMSTADT: Im Zuge der Baumaßnahme „Main-Neckar-Schnellweg (BAB) sollen durch öffentliche Ausschreibung die Erdarbeiten des Erdloses 6 vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Rodungsarbeiten ca. 46 ha
- Dammschüttung ca. 550 000 cbm
- Kieszulieferung ca. 115 000 cbm
- Betonrohrleitungen ca. 5300 lfd. m

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte sowie die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Bewerber werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen bis 1. 4. 1964 schriftlich anzufordern beim Straßen-Neubauamt Hessen-Süd, Darmstadt, Rheinstraße 19/21. Der Beleg über die Einzahlung der Selbstkosten für Erstaussfertigung der Unterlagen und Zweitaussfertigung des Leistungsverzeichnisses — in Höhe von 80,— DM — ist beizufügen. Dieser Betrag wird nicht zurückgezahlt. Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto: Frankfurt/M., Kto.-Nr. 35 599 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Erdarbeiten des Main-Neckar-Schnellweges (BAB) von Bau-km 31,5 bis 36,5.“

Die Ausschreibungsunterlagen werden dem Besteller in der Zeit bis zum 2. 4. 1964 per Post portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin: Darmstadt, den 24. 4. 1964, um 11 Uhr.
 61 Darmstadt, 17. 3. 1964

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd
 233 — 63a — 04/08-03

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



Dr. Schrobsdorff & Dr. Herrmann
 Frankfurt/Main, Rathenauplatz 1a, Telefon 20991-7

Aufbau-Organisation, Neubau-Wohnungen,
 Eigentums-Etagen, Eigenheim-Villen,
 Läden, Büros, Grundstücke, Baufinanzierung





AUTOZUBEHÖR GROSSHANDEL WERKZEUGE
WIESBADEN · RÜDESHEIMER STRASSE 9
 TELEFON 423 57. 423 58 · FERNSCHREIBER +8388504

Dokumentation · Röntgenzubehör · Kinoausrüstung



Photo-Eckstein
 Lieferant für staatl. Verwaltungen und Behörden
 Frankfurt/Main
 Oederweg 28 Ruf 55 19 07

M. BRUNS SEIFENGROSSHANDEL

Putzartikel - Bürstenwaren - Fußbodenpflegemittel

Fordern Sie unser Spezialangebot an.

Wiesbaden, Mainzer Straße 115 · Tel. 743 90

Wilhelm Forkel OHG

Frankf./Main-Süd, Diesterwegplatz 52, Fernspr. 635 34/687264

Großhandel in sämtlichen technischen Gummi-Asbest-Kunststoff-Erzeugnissen, Treib- und Keilriemen, Feuerwehrschräuchen und Armaturen

Lieferung und Verlegung sämtlicher Gummi- und PVC-Fußbodenbeläge sowie Zubehörteile

TRUMPF - BÜROMASCHINEN

Büroeinrichtungen - Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Ruf 26 00 u. 26 34 Bahnhofstraße 26

König & Neuzath Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel · Telefon Sa.-Nr. 341

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf ^K WIESBADEN, Moritzstraße 36 Ruf: 23236 und 20870

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,60. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,— und DM —,30, über 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang dieser Ausgabe 32 Seiten.



Volkswagen 1200
das vernünftige Automobil
für kluge Rechner

Volkswagen 1500
das vernünftige Automobil
für gehobene Ansprüche

VW-Transporter
für jede Branche –
für jeden Zweck

Ihre VW-Großhändler in Hessen:

VW-GLOCKLER · Frankfurt (Main) Telefon: 60641

AUTO-DUNKER · Friedberg (Hessen) Telefon: 5113-14

AUTOHAUS HANS KAHRMANN GMBH · Fulda
Telefon: 7161, Fernschreiber: vw kahrmann fda 04-9875

AUTO-ROSSEL GMBH · Wiesbaden Telefon: 74641/77641

AUTOHAUS GLINICKE GMBH · Kassel Telefon: 15461

AUTOHAUS J. WIEST & SÖHNE GMBH · Darmstadt Telefon: 71091

